

LÄNDER DER SCHWARZMEERREGION

KURZBERICHT

STAND 15.10.2009

- A) BILDUNGSKOOPERATIONEN**
- B) KULTURKOOPERATIONEN**

LÄNDER DER SCHWARZMEERREGION: KURZBERICHT

Nachstehend finden sich die gewünschten Informationen zu den Ländern Moldau, Ukraine, Region Krasnodar, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Türkei, Rumänien und Bulgarien wurden wie im BMUKK-Schreiben vom 25.09. angeführt, ausgeklammert.

KulturKontakt Austria unterstützt im Auftrag des BMUKK nachhaltige Bildungsreformen in unseren Partnerländern in Ost- und Südosteuropa und den Erfahrungsaustausch zwischen BildungsexpertInnen und -institutionen. KKA arbeitet mit einem Netzwerk an österreichischen Beauftragten für Bildungskoooperation. In der Schwarzmeerregion kooperiert KKA im Bildungsbereich mit der Ukraine, Rumänien und Bulgarien. Die Kooperation mit der Türkei wird im Jahr 2010 beginnen.

UKRAINE:

BILDUNGSKOOPERATION:

Das k-education Projektbüro Odessa hat seine Arbeit im September 2006 begonnen. In enger Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft und der Regionalverwaltung Odessa implementiert das Projektbüro zahlreiche Bildungsprojekte. Unterstützt wird es hierbei durch verschiedene Institutionen vor Ort, wie das Methodische Zentrum Odessa, die Abteilung für internationale Beziehungen der Stadt Odessa, der Polytechnischen Universität Odessa, der Nationalen Universität, dem Pädagogischen College, dem Zentralinstitut für Bildung in der Ukraine sowie der Akademie für Pädagogik und Psychologie.

Schwerpunkte:

- Berufsbildung Schwerpunkt Tourismus
- LehrerInnenweiterbildung
- Neue Lehr- und Lernformen am Beispiel Projektunterricht

Projektbeispiele:

Ukrainisch-österreichisches Kooperationsprojekt zur Durchführung von Konfliktbearbeitung an Schulen: Das Kooperationsprojekt hat eine Laufzeit von 1,5 Jahren und bildet LehrerInnen, SozialpädagoInnen, VizedirektorInnen, PsychologInnen und MediatorInnen zum Thema Konfliktbearbeitung aus. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Lehrerfortbildungsinstitut Odessa durchgeführt. Insgesamt werden 30 Personen an der Ausbildung teilnehmen (9 Schulen aus den Bereichen BHS und AHS, MediatorInnen, PsychologInnen aus dem Lehrerfortbildungsinstituten Odessa und Kiew)

Qualitätsentwicklung in der Tourismusausbildung: Mit Beginn 2007 führten das Österreichische Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sowie KulturKontakt Austria, das 2001 von der ukrainischen Regierung lancierte Reformprojekt zur Verbesserung der Berufsbildung fort. Das Projekt umfasst zwei Ausbildungsschienen für Lehrerinnen von höheren berufsbildenden Schulen mit dem Schwerpunkt Tourismus: MultiplikatorInnenausbildung in den Bereichen Küche und Service und LehrerInnenfortbildung in den Bereichen BWL für KMUs sowie Englisch.

Projekt Lernen: Im Bereich Projektmanagement beginnt im Herbst 2008 ein neues Projekt in der Ukraine. Ziel ist die Etablierung des Projektunterrichts als neue

Unterrichtsmethode. Gemeinsam mit dem lokalen LehrerInnenfortbildungsinstitut wird an der Integration von Projektlernen in der LehrerInnenfortbildung gearbeitet. In einer Pilotphase an allgemeinbildenden Schulen in der Region Odessa sollen Modelle zur Einführung von Projektunterricht auf Schulebene entwickelt werden.

KULTURFÖRDERUNG:

Die erste große Präsentation zeitgenössischer Kunst und Literatur aus der Ukraine hat KulturKontakt Austria im Herbst 2006 organisiert. Andrej Kurkow, Sergyi Zhadan, Ljubko Deresh, Halyna Petrossanjak, Oksana Sabushko und Tymofiy Havryliv lasen im überfüllten Project Space der Kunsthalle Wien aus ihren Werken. Die Kyiv Solists spielten im Radiokulturhaus ukrainische Musik des 20. Jahrhunderts und in den Bundesländern gastierten Jazzmusiker sowie die Philharmonie aus Lugansk. Über einige Jahre hindurch begleitete KulturKontakt Austria den Aufbau des Music Information Centers in Odessa und fand in der Komponistin Karmella Tsepkolenko eine wichtige und verlässliche Partnerin. Auch mit dem Filmfestival Molodist in Kiew arbeitete KulturKontakt Austria zwischen 1995 und 2002 erfolgreich zusammen.

- Artists in Residence: Yulia Kostereva/Yuriy Kruchak, SOSKA group, Ivan Bazak. Einbindung Ivan Bazak als Ausstellungsgestalter in die 20 Jahre KKA Ausstellung 2009
- Writers in Residence: Natalka Bilotserkivets, Tanja Maljartschuk, Mykola Riabtschuk.
- Einladung von Tymofiy Havryliv für eine Leseinheit auf der Buch Wien und bei der literarischen Schifffahrt
- Übersetzungsförderung und Buchpräsentation Tanja Maljartschuk, "Neunprozentiger Haushaltssessig"
- Reise- und Aufenthaltsstipendien (4 Künstler zur Teilnahme am Projekt "Internationale Plakatttriennale "4th block")
- Autorin Maryana Ghaponenko zur Verleihung des Frau Ava Literaturpreises

MOLDAU

BILDUNGSKOOPERATION:

Das k-education Büro in Chisinau besteht seit November 2003. Gemeinsam mit dem moldauischen Bildungsministerium und Organisation vor Ort, wie der Agentur für landwirtschaftliches Training und Schulung (ACSA) sowie dem Center for Educational Innovations (CEI) werden in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und KulturKontakt Austria zahlreiche Bildungsprojekte umgesetzt.

Schwerpunkte:

- Special Educational Needs

- Schulen als Kompetenzzentren für ländliche Entwicklung
- Lehrerfortbildung
- Einführung von Übungsfirmenunterricht an Wirtschaftsschulen

Projektbeispiele:

MOL AGRI: In zwei berufsbildenden Schulen mit landwirtschaftlichem Profil wird ein Modell für eine Reform der landwirtschaftlichen Ausbildung entwickelt, welches sich an den Bedürfnissen der Region orientiert und damit die ländliche Entwicklung fördern soll. Neben den Landwirtschaftsschulen in den Provinzstädten Leova und Nisporeni nehmen sogenannte „Erweiterungsschulen“ in Dörfern im Einzugsgebiet der Landwirtschaftsschulen an dem Projekt teil. Hauptbestandteile bilden: Bedarfsanalyse, LehrerInnenfortbildung, Curriculumsentwicklung, Aufbau des Schulnetzwerkes mit den Erweiterungsschulen und die Ausstattung der Schulen mit der nötigen Infrastruktur.

Teacher Training: Teacher Training beinhaltet Maßnahmen zur Dezentralisierung der Fortbildungsstrukturen im moldauischen Schulwesen. Dieses Projekt schafft in der Region Hîncești ein Beispiel für eine qualitativ hochwertige und an die Bedürfnisse der LehrerInnen angepasste Fortbildung. Die Ergebnisse der Aktivitäten dienen als Diskussionsgrundlage und Referenz für die Schaffung der Rahmenbedingungen für dezentralisierte und nachfrageorientierte Fortbildungsstrukturen.

KULTURFÖRDERUNG:

Die Zusammenarbeit mit den Kunst- und Kulturszene der Republik Moldau hat eine eindeutig musikalische Note. KulturKontakt Austria ermöglichte viele Konzerte moldauischer Musiker in Österreich und half auch eine Publikation über die jüdische Volksmusik in Bessarabien und Transnistrien zu veröffentlichen (erschienen im Mandelbaum Verlag). Pavel Braila war 2001 Gast beim KulturKontakt Austria Artists-in-Residence-Programm, im Jahr 2006 waren seine Arbeiten in Innsbruck in einer großen Einzelausstellung zu sehen. Der moldauische Maler Alexander Tinei hatte seine erste Ausstellung in Österreich in der Galerie ArtPoint 2005. Ein erster Höhepunkt in der Kooperation war der Abend im Radiokulturhaus im Mai 2007, der der Literatur dieses Landes gewidmet war – es lasen und diskutierten Vitalie Ciobanu, der Präsident des moldauischen PEN-Clubs und Irina Nechit, Lyrikerin und Dramatikerin aus Chisinau.

- Writers in Residence: Vitalie Ciobanu, Vasile Garnet:
- Förderung einer Publikation des Moldova PEN Centre
- Förderung des Moldauischen Frühlingsfests in Wien

GEORGIEN

KULTURFÖRDERUNG:

Im Jahr 1996 initiierte KulturKontakt Austria die ersten georgischen Kulturwochen in Österreich, gefolgt von georgischen Filmtagen und Ausstellungen, die der Fotografie und der zeitgenössischen Kunst dieses Landes gewidmet waren. Im Jahr

2002 gab es nochmals georgische Festwochen in Wien. Acht bildende KünstlerInnen sowie drei SchriftstellerInnen haben an den KulturKontakt Austria Artists- bzw. Writers-in-Residence-Programmen teilgenommen. Eine der wichtigsten infrastrukturellen bzw. kulturpolitischen Maßnahmen war und ist die über einige Jahre laufende Unterstützung der Caucasian Foundation, die sich von Tiflis aus um die kulturelle Zusammenarbeit der drei südkaukasischen Länder bemüht und an der internationalen Vernetzung der Region arbeitet.

- Writers in Residence: Dato Barbakadse, Lasha Bakradze
- Projektförderungen Kulturschmiede Wien
- Förderung des Buches "Die Poetik der folgenden Sekunde"/Dato Barbakadse, der Edition Milo - Drava Verlag
- Projektförderungen (Jura Soyfer "Astoria", Inszenierung in Georgien; Konzert der Musikgruppe The Shin, "EgAri - eine Show mit kulturellen Zwischentönen")

ARMENIEN

KULTURFÖRDERUNG:

Mit den armenischen Kultur- und Filmwochen begann 1993 die Zusammenarbeit von KulturKontakt Austria und Armenien. Bisher nahmen Vahram Aghassian, Karine Matsakian, Simonyan Harutyun und Sona Abgaryan am Artists-in-Residence-Programm teil und waren für jeweils 3 Monate in Wien. Im März 2006 präsentierte die armenische Kuratorin Eva Khachatryan in der Ausstellung „Alternative Vision“ in der KulturKontakt Austria Galerie ArtPoint zwei Künstlerinnen aus Armenien – Sona Abgaryan und Diana Hakobian.

- Artists in Residence: Arpine Tokmajyan
- Förderung "Armenische Literatur der Gegenwart, Eine Anthologie", Hg. Herbert Maurer, Wieser Verlag + Präsentation Buch Wien

TÜRKEI

KULTURFÖRDERUNG:

Im Herbst 2009 wurden für das Jahr 2010 erstmals auch Kulturschaffende aus der Türkei zur Teilnahme an den Artists- und Writers-in-Residence-Programmen herzlich eingeladen.

- Artists in Residence: Ardan Ozmenoglu
- Writers in Residence: Asli Erdogan

Integriertes Regionalprogramm Schwarzmeer-Region

aws Input

Die Austria Wirtschaftsservice GesmbH (aws) ist die Förderbank des Bundes. Die aws hat die Aufgabe einerseits Unternehmensfinanzierungen zu unterstützen und zu ermöglichen, sowie andererseits Informationen und Know how für Unternehmen bereitzustellen. Die aws unterstützt Unternehmen mittels Haftungen, zinsgünstigen Krediten, Zuschüssen, Eigenkapitalfinanzierungen und in Form von Beratungsservices.

Eine der wesentlichen Zielsetzungen der aws ist es auch, die Internationalisierung österreichischer Unternehmen zu unterstützen. Die aws **Internationalisierungsgarantien** haben sich seit ihrer Einrichtung im Jahr 1989 zu einem wichtigen Instrument in der österreichischen Wirtschaftsförderung etabliert und kommen überall dort zur Anwendung, wo wichtige Direktinvestitionsprojekte österreichischer Unternehmen im Ausland zur Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit initiiert werden sollen und durch Marktversagen, Finanzierungs- und Besicherungslücken bestehen. Auch im aktuellen Aussenwirtschaftsleitbild nimmt die Unterstützung mittelständischer Unternehmen im Zusammenhang mit den Investitionen im Ausland einen hohen Stellenwert ein.

Die aws kann mit ihren Garantieinstrumentarium etwa die Errichtung einer Tochtergesellschaft oder eines Joint Ventures unterstützen, den Erwerb von Unternehmen oder Unternehmensanteilen bzw. auch die Erweiterung einer bestehenden Beteiligung. Die Schwarzmeer-Region zählt zum förderbaren Länderkreis.

Durch Direktgarantien werden die wirtschaftlichen Risiken von Beteiligungsinvestitionen im Ausland abgesichert. Maximal 50% der eingesetzten Projektmittel werden für den Fall des Fehlschlages garantiert. Die Kriterien eines Projektfehlschlages werden vertraglich vordefiniert (üblicherweise Konkurs der ausländischen Projektgesellschaft).

Über Finanzierungsgarantien werden Kredite zur Finanzierung von Internationalisierungsvorhaben bis zu maximal 80% gegenüber einer inländischen Bank besichert. Die Garantie kann im Fall der Insolvenz des Kreditnehmers in Anspruch genommen werden. Die Kredithöhe darf 90% des Projektvolumens nicht übersteigen. Bei größeren Projekten wird eine Risikoaufteilung angestrebt (aws, Unternehmen, Bank).

Die aws hat im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeiten über 1.200 Internationalisierungsvorhaben österreichischer Unternehmen unterstützt. In der Schwarzmeerregion hat die aws im Jahr 2009 mit Ihrem Instrumentarium nur ein Projekt abgesichert. Dabei handelt es sich um eine Investition in der **Ukraine**. Im Jahr 2008 konnten mehrere Investitionen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. Euro 30 Mio mit Unterstützung der aws in der **Türkei** realisiert werden. Das Ein weiteres Türkeiprojekt ist zur Zeit in Bearbeitung.

Im Rahmen **der internationalen aws-Consulting** Aktivitäten wirkt die aws als Berater bei internationalen Projekten zur Förderung von lokalen KMUs mit. Im Wesentlichen geht es dabei um die Einführung von und Schulung für Garantiesysteme und Garantieinstrumente auf Basis der aws Inlandsgarantien. Beratungsschwerpunkte in diesem Zusammenhang sind auch Best Practice-Standards inklusive Ratingsysteme und Risikomanagement, Informationen über die konkrete Projektprüfung, Aufbau von Netzwerken für Garantieorganisationen, die notwendigen wirtschaftspolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen usw. . Die Auftraggeber bzw. Finanzierungsgeber sind in der Regel unterschiedliche Stellen wie die EU bzw. das österreichische Ministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) oder die ADA.

In der Schwarzmeer-Region hat die aws folgende Beratungsprojekte realisiert

Ukraine

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit lokaler KMUs im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) - Schwerpunkt KMU-Finanzierung
- Seminare in der Ukraine
- 2 Study Tours in Wien

Moldawien

Über Auftrag der CEI und finanziert durch die ADA setzt die aws dzt ein Projekt um mit dem Schwerpunkt „Strengthening of the Moldovan OSME Guarantee Fund Operations“

Türkei

Die aws hat gemeinsam mit Partnern einen Tender der EU bzgl. „Technical Assistance to SME Guarantee Schemes“ gewonnen und unter ihrer Federführung das Projekt implementiert. Inhaltlicher Schwerpunkt war die Verbesserung des Zuganges von KMU zu Krediten durch den Ausbau der Rolle und Verbesserung des Instrumentariums von Garantieeinrichtungen.

Unter den 11 Partnerländern in denen dieses Projekt realisiert wurde befindet sich die Türkei. Es wurden zwei türkische Garantiesysteme im speziellen beraten. Vor Ort haben Konferenzen stattgefunden, ebenfalls Trainings in den Garantieinstitutionen, aber auch Einschulungen in der aws in Wien.



Input Task Force Schwarzmeerregion

Österreichische Unternehmen zählen jetzt schon zu den Top Investoren in einzelnen Märkten der Schwarzmeer- und Kaspisches Meer-Region. In Bulgarien und Rumänien belegen sie den ersten Platz. Dazu kommt, dass in einzelnen Staaten vorhandener Reichtum an Rohstoffen und die Größe der Länder ein stärkeres Engagement österreichischer Unternehmen auch in Zukunft erwarten lassen. So sind beispielsweise die Türkei mit einer Bevölkerung von 70 Mio. und Russland mit 150 Mio. Einwohnern Märkte der Gegenwart und Zukunft. Um die Chancen dieser Märkte noch besser nützen zu können, sind folgende Themen aus Sicht der IV von besonderer Bedeutung:

- Beschleunigung von Visa-Verfahren

Die Beschleunigung und Vereinfachung von Visa-Genehmigungsverfahren ist für die österreichischen Unternehmen von großer Bedeutung. Es geht um die massive Beschleunigung bei der Genehmigung von Visa für Geschäftspartner aus der Region sowie wichtige Mitarbeiter österreichischer Firmen mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit. Um eine negative Auswirkung auf den Standort Österreich zu vermeiden, sollen Vereinfachungen erarbeitet werden.

- Stipendien verstärken

Um frühzeitig Netzwerke zu stärken und junge talentierte und interessierte Menschen aus der Region nach Österreich zu bekommen, sollen mehr Stipendien und Aufenthaltsgenehmigungen für herausragende ausländische Studenten für deren Studium in Österreich geschaffen werden.

- Förderung osteuropäischer Sprachen an österreichischen Schulen

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung Osteuropas für die österreichischen Unternehmen ist es für die IV ein zentrales Anliegen, die Internationalisierung der österreichischen Industrie durch eine nachhaltige Bildungsreform der Universitäten und Schulen zu unterstützen. Konkret geht es um die gezielte Förderung des Sprachunterrichts osteuropäischer Sprachen an österreichischen Schulen.

- Effiziente Präsenz vor Ort

Österreichische Unternehmen sollen bei Exporten und Direktinvestitionen durch alle damit im Zusammenhang stehenden Institutionen umfassend unterstützt werden. Dazu bedarf es unter anderem des Ausbaus der österreichischen Botschaften sowie der konsularischen Tätigkeit in strategischen Märkten wie der Schwarzmeer- und Kaspisches Meer-Region.

- Infrastruktur ausbauen

Die Chancen, die sich aus besseren Marktzugängen ergeben, können nur genutzt werden, wenn Straßen, Schienen, Wasserwege, der Luftverkehr sowie auch eine

leistungsstarke Telekommunikationsinfrastruktur in der Region den neuen Anforderungen entsprechen, dafür ist rasches und koordiniertes Handeln erforderlich. Eine funktionierende Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Gleichzeitig ist die Region reich an Rohstoffen und insbesondere für die Erschließung von neuen Energiequellen und alternativen Lieferantenrouten von zentraler Bedeutung.

IV-Aktivitäten in der Schwarzmeer- und Kaspisches Meer-Region:

- IV ist Mitglied der UBCCE

Die „UBCCE - Union of Black Sea and Caspian Confederation of Enterprises“ mit Sitz in Istanbul wurde im November 2006 auf Initiative des türkischen Industrieverbandes Tüsiad, der auch Mitglied von BusinessEurope ist, gegründet. Derzeit umfasst UBCCE 17 Mitglieder aus 13 Ländern, wobei die Aufnahme weiterer Verbände angestrebt wird, um eine möglichst dichte, effiziente und nachhaltige Struktur der Zusammenarbeit zu schaffen. Beitreten können Verbände aus den 12 Mitgliedstaaten der „Organisation der Schwarzmeer Wirtschaftskooperation“ sowie den 13 Ländern mit Beobachterstatus (u. a. Österreich).

Ziel der UBCCE ist die gemeinsame Gestaltung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen sowie die Positionierung als starker Ansprechpartner für die Regierungen dieser Region. Es handelt sich hierbei um die erstmalige institutionalisierte Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und Industrieverbänden im Raum des Schwarzen und Kaspischen Meeres.

Die Industriellenvereinigung ist im März 2008 als Associate Member mit der Intention beigetreten, österreichische Industrieinteressen in dieser wachstumsstarken Region weiter zu forcieren. Für die IV stehen diesbezüglich die Energiepolitik sowie der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen im Vordergrund.

- Kooperation mit Mittel- und Osteuropäischen Industrie- und Arbeitgeberverbänden

Anfang 2005 initiierte die IV eine verstärkte Kooperation zwischen den fünf Industrie- und Arbeitgeberverbänden Mittelosteuropas aus der Slowakei (RUZ), Slowenien (ZDS), Tschechien (SP), Ungarn (MGYOSZ), sowie Kroatien (HUP- Teilnahme seit 2006) und Österreich (IV) mit dem Ziel, Europa gemeinsam wettbewerbsfähiger zu machen. Seit Herbst 2008 sind auch die Arbeitgeberverbände aus Rumänien (ACPR) und Bulgarien (BIA) Partner der Kooperation.

3/3

Zur Abstimmung der gemeinsamen Interessen dienen regelmäßige Treffen der Gruppe. Im Fokus stehen dabei grenzübergreifende Themen, wie etwa eine nachhaltige, wettbewerbsfähige Europäische Energie- und Klimapolitik, Senkung der Steuern und Lohnnebenkosten, Abbau der Bürokratie, Rahmenbedingungen für den Handel mit Dienstleistungen, Ausbau der Infrastruktur und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte.

Zusätzlich arbeiten die Verbände an weiteren, von der Europäischen Kommission unterstützten Projekten zusammen. Positionspapiere wurden gemeinsam zu Themen wie „Free Movement and Social Dialogue“, „Aging Workforce“ und „Flexible Forms of Work“ erarbeitet.

- Türkei - Österreichisches St. Georgs-Kolleg (Realgymnasium und Handelsakademie)

Seit Herbst 2008 stellt die IV Absolventen der österreichischen Schule in Istanbul, dem **St. Georgs-Kolleg**, ein Stipendium für ein Studium in Österreich zur Verfügung.

Diese Initiative soll fortgeführt werden, um die traditionell guten türkischösterreichischen Beziehungen zu stärken und zu einer Weiterführung der bereits vorhandenen engen Partnerschaft mit der Türkei beizutragen.

OMV Input für das integrierte Regionalprogramm Schwarzmeerregion

- ▶ Für OMV als führendes Energieunternehmen im europäischen Wachstumsgürtel ist die **Schwarzmeer-Region eine wichtige Brücke** - und in erster Linie die **Türkei ein bedeutender Markt und wichtiges Transitland** - zwischen den wichtigen Lieferländern der kaspischen Region¹ sowie des Mittleren Ostens und den existierenden Absatz-Märkten in Zentral- und Südosteuropa.
- ▶ Vor diesem Hintergrund ist die **Unterstützung der österreichischen Politik**, um die Geschäftsbeziehungen der OMV mit der Region und/oder einzelnen Ländern zu forcieren, von entsprechender Relevanz.
- ▶ Entscheidend ist die **Aufrechterhaltung eines positiven, konstruktiven, ständigen und hochrangigen Dialoges mit der Türkei** zu einer breiten Palette von Themen, um zu zeigen, dass die Türkei ein wichtiger Partner Österreichs und Europas ist.

1. Türkei

- ▶ Die Türkei ist **strategisch der dritte Hub der OMV**. Vor dem Hintergrund des Kraftwerkprojektes in Samsun hat OMV ihren Anteil an Borasco Elektrik von 60% auf 100% erhöht.
- ▶ Mit Projekten wie **Nabucco** (der türkische staatliche Gaskonzern BOTAS ist einer der Teilhaber), dem in Vorbereitung befindlichen **Gaskraftwerk in Samsun**, der **OMV-Beteiligung an Petrol Ofisi** im Bereich Refining & Marketing und auch Exploration & Produktion unterstreicht OMV ihr Engagement in diesem wichtigen Wachstumsmarkt.
- ▶ Durch die **Beteiligung an Petrol Ofisi (41,58%) trat OMV 2006 in den türkischen Markt** ein. Petrol Ofisi verfügt über 3.261 Tankstellen und einen Marktanteil von ca. 30%. Die Türkei ist aufgrund der steigenden Nachfrage nach Öl und der Verknappung von Diesel ein attraktiver Wachstumsmarkt für OMV.
- ▶ Mit der Beteiligung am South Akçakoca Gas Feld im Schwarzen Meer ist Petrol Ofisi in den türkischen Upstream Sektor eingetreten.

Künftige Projekte

- ▶ OMV Gas & Power ist sehr stark an einer **aktiven Teilnahme an den Gas- und Strommärkten** in der Türkei interessiert. Daher wäre eine weitergehende, rasche Liberalisierung der türkischen Gas- und Strommärkte wünschenswert. Eine solche Liberalisierung würde die Erlangung von Gasimportlizenzen möglich machen, die eine notwendige Voraussetzung für verstärktes Engagement ist.
- ▶ Im Bereich Nabucco braucht die Türkei die Sicherheit, ein wichtiger Partner Europas zu sein. Die **intensive Kooperation** der EU und der Türkei und die **Unterstützung der Türkei** hinsichtlich der Beschaffung und des Transits von Gas aus Irak oder der kaspischen Region sind wesentlich für das Nabucco-Projekt.

2. Aserbaidshan

- ▶ Die OMV verfügt über eine Repräsentanz in Aserbaidshan, deren Hauptaufgabe die Liaison rund um das **Nabucco Projekt** ist. **Aserbaidshan ist ein zentrales und notwendiges Gaslieferland** für die Realisierung des Projektes. Außerdem ist Aserbaidshan ein sehr wichtiges Transitland, sollte es zum Abschluss von Gaslieferverträgen mit Turkmenistan kommen.
- ▶ Wichtig ist in diesem Zusammenhang die **Unterstützung der Politik**: Dazu zählen hochrangige Besuche und verstärkte Zusammenarbeit auf allen Ebenen, auch in der Form

¹ z.B. wird sich Kasachstan den kommenden Jahren zum fünft größten Ölexporteur weltweit entwickeln und einen Teil dieses über das Schwarze Meer exportieren.

von österreichischen Initiativen im Rahmen der European Neighbourhood Policy und der Eastern Partnership auf EU-Level. Die Eröffnung der **österreichischen Botschaft in Baku ist ein wichtiger Schritt** zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Österreich und Aserbaidschan.

3. Georgien

- ▶ **Georgien ist der wichtigste Transitstaat für kaspisches Öl und Gas nach Europa.** Entscheidend sind die Aufrechterhaltung von Stabilität und die Wahrung der pro-westlichen Orientierung Georgiens.

4. Ukraine

- ▶ OMV Exploration & Produktion ist grundsätzlich an Exploration im ukrainischen Teil des Schwarzen Meeres interessiert und hat in der Ukraine umfassende technische Studien durchgeführt, um das Kohlenwasserstoff-Potential im Offshore-Bereich zu untersuchen.

Internationalisierungsoffensive der Bundesregierung
Integriertes Regionalprogramm Schwarzmeerregion

Projekt: Biomasse-Fernwärme für die Ukraine

Hintergrund:

In der Ukraine bestehen wie in allen ehemals planwirtschaftlichen geführten Staaten, zahlreiche Fernwärmesysteme zur Versorgung von Städten und größeren Gemeinden. Diese Systeme werden nach wie vor fast ausschließlich mit fossilen Energieträgern (Erdgas, Kohle, Mazud (Schweröl)) befeuert. Die Ukraine ist in ihrer Energieversorgung stark von Energieimporten aus dem Ausland abhängig. Diese Abhängigkeit führt gemeinsam mit der hohen Verschuldung des Landes und der insgesamt schlechten Wirtschaftslage zu großen Problemen, die sich – wie z.B. die sich wiederholenden Gasstreitigkeiten mit Russland – auch massiv auf die Mitgliedstaaten der EU auswirken können.

Bei den ukrainischen Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung wächst das Bewusstsein, dass die Abhängigkeit von Energieimporten auch ein wachsendes Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes darstellt. Die Ukraine verfügt aber über großes Potenzial im Bereich erneuerbarer Energien (hauptsächlich Biomasse, aber auch Kleinwasserkraft und Solarenergie), das bisher kaum genutzt wird. Ein wichtiger Schritt zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energieträger und zur Verringerung der Importabhängigkeit besteht in der Nutzung von Biomasse zur Fernwärmeerzeugung.

Um die Ukraine in ihren beginnenden diesbezüglichen Bestrebungen zu unterstützen, ist es erforderlich, entsprechendes Know-how zur Verfügung zu stellen und die Betreiber von Fernwärmesystemen zur Nutzung von Biomasse zu motivieren. Gerade im Bereich Biomasse kann sich Österreich aufgrund seiner herausragenden praktischen Erfahrungen bestens einbringen. Auch können österreichische Unternehmen die erforderlichen Technologien anbieten, die dafür erforderlich sind.

Projektidee:

Das Ziel des Projekts ist es, die Basis dafür zu schaffen, dass im Zuge von Pilotprojekten Biomasse in Fernwärmesystemen Verwendung findet. In einem ersten Schritt ist dabei die teilweise Substituierung von fossiler Energieträger anzustreben. Mit diesem Ansatz wäre nur ein Tausch von Heizkesseln erforderlich und der gesamte Wärme (=wasser-)teil des Fernwärmesystems, der bei Neuinvestitionen in der Regel ca. 50% der Investitionskosten verursacht, könnte weiter verwendet werden. Bevor die Nutzung von Biomasse in Fernwärmesystemen in die Praxis umgesetzt werden kann, sind folgende unterstützende Maßnahmen erforderlich, die den Hauptfokus dieses Projekts bilden:

Projekt-Schritte:

- Identifizierung von ca. einigen Standorten fossil betriebener Fernwärmesysteme in der Ukraine, in denen eine grobe Indikatorenanalyse und das Interesse der Betreiber eine begründete Erwartung für den Einsatz von Bioenergie erwarten lässt.
- Analyse der ökonomischen, sozialen, technischen, logistischen und personellen Rahmenbedingungen der Fernwärmesysteme, um eine entsprechende Auswahl besonders geeigneter Standorte treffen zu können.
- Erstellung von Pre-Feasibility-Studien für ausgewählte Standorte.
- Abhaltung eines Workshop in der Ukraine mit den relevanten Stakeholdern aus dem Bereich der Fernwärmeversorgung, in dem die notwendigen Schritte für Projektumsetzung dargestellt werden.

- Einladung österreichischer Lieferanten von Dienstleistungen und Anlagenkomponenten sowie von finanzierenden Stellen, um ausgewählte Standorte zu realisieren.

Referenzen:

- Projekt: „4BIOMASS – Netzwerken für mehr Biomasse-Einsatz in Mittel- und Osteuropa“ (in Arbeit bis 2011)
- Projekt; „Know-how-Transfer Österreich – Ukraine im Bereich Energieeffizienz“ im Auftrag der OeKB (2006)
- Projekt: „Fernwärmesanisierung Mongolei“ im Rahmen des EU-ASIA PRO ECO II Programms (2007 bis 2009)
- Projekt: „Österreichische Energiepartnerschaften mit Mittel- und Osteuropäischen Ländern“ (Ukraine, Weißrussland, Bulgarien, Rumänien, Tschechische Republik, Slowakische Republik) im Auftrag des BMLFUW

Finanzieller Rahmen:

Die Umsetzung der o.a. Projekt-Schritte erfordert finanzielle Mittel im Ausmaß von ca. € 35.000.-.

Projektdauer: 9 Monate

Ansprechperson:

Mag. Karin Reiß
Österreichische Energieagentur
Mariahilfer Straße 136
1150 Wien
Telefon: 01-586 15 24
E-mail: karin.reiss@energyagency.at

Projektvorschlag: Energielandschaft der Kaukasus-Region - Übersichtsstudie

Hintergrund:

Die Kaukasus-Region ist eine der Zielregionen der Europäischen Nachbarschaftspolitik der EU und auch der im Jahr 2009 ins Leben gerufenen „Östlichen Partnerschaft“. Damit sollen Länder wie Georgien, Armenien und Aserbaidschan bei ihren politischen und wirtschaftlichen Reformen unterstützt werden und sich zu zuverlässigen und stabilen Partnern in der Region entwickeln.

Die Kaukasus-Region ist für den Pipeline-Transport von Öl und Erdgas aus der energiereichen Region des Kaspischen Meeres und damit auch für langfristige Energieversorgung der EU von großer Interesse. In den nächsten Jahren sind verstärkte Aktivitäten der EU in der Region, auch unter dem Einsatz von Fördermitteln und insbesondere im Energiesektor, zu erwarten.

Die Kaukasusregion (Georgien, Armenien, Aserbaidschan) lag bisher eher abseits der wesentlichen Interessen der österreichischen Wirtschaft und es stehen in Österreich nur sehr wenige fundierte Informationen über die Region zur Verfügung. Die Entwicklungspotenziale der Region im Energiebereich sind aber durchaus gegeben. Diese liegen unter anderem im Bereich der erneuerbaren Energieträger (Wasserkraft, Biomasse, Windenergie, Solarenergie) und sehr großem Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz.

Als wichtige Hintergrundinformation für österreichische Anbieter von Energietechnologien und Energiedienstleistungen sollen weit reichende Informationen über die Energielandschaft von Georgien, Armenien und Aserbaidschan in einer Übersichtsstudie dargestellt werden.

Projektidee:

Die Energielandschaften der drei Staaten der Kaukasusregion sollen analysiert und vergleichend dargestellt werden.

Insbesondere sollen dabei die folgenden Informationen zusammengestellt und aufbereitet werden:

- Zuständige Behörden
- Beschreibung der rechtlichen Rahmenbedingungen
- Energiepolitik, nationale Energiestrategien, Förderinstrumente
- Struktur des Energiesektors
- Marktteilnehmer und Stakeholder
- Kerndaten der Energieversorgung
- Entwicklung der Energiekennzahlen
- Ausblick

Diese Informationen sollen österreichischen Unternehmen als Information über die Marktmöglichkeiten der Region und als Entscheidungshilfe bezüglich des Markteintritts zur Verfügung gestellt werden.

Weiters soll durch eine Umfrage unter Mitgliedern der WKO die Einschätzung relevanter österreichischer Unternehmen bezüglich des Marktpotenzials in den Energiesektoren der untersuchten Länder erhoben werden.

Projekt-Schritte:

- Umfassende Recherche der o.a. Daten zu den Ländern Armenien, Georgien und Aserbaidschan und Erstellung von länderspezifischen Energieprofilen
- Durchführung einer Branchenumfrage zur Einschätzung des Energiemarktes in der Kaukasus-Region unter den relevanten Mitgliedern der WKÖ
- Auswertung der Ergebnisse dieser Umfrage, Erstellung eines Schwerpunktprofils
- Darstellung sämtlicher Informationen und Ergebnisse in einer Studie, die in elektronischer Form kostenlos im Internet zum Download zur Verfügung gestellt wird

Referenzen:

- Projekt „EnerCEE: Energy in Central and Eastern Europe (www.enercee.net)“ im Auftrag des BMLFUW
- Studie „Energieeffizienz in den West-Balkanstaaten“ im Auftrag der Weltbank (2009)
- Projekt: „Österreichische Energiepartnerschaften mit Mittel- und Osteuropäischen Ländern“ (Ukraine, Weißrussland, Bulgarien, Rumänien, Tschechische Republik, Slowakische Republik) im Auftrag des BMLFUW

Finanzieller Rahmen:

Der Gesamtkostenrahmen dieser Studie beträgt € 25.000.-.

Anmerkung: Ein Teil der Recherche-Arbeit könnte dabei von nationalen Experten in den untersuchten Ländern über Werkverträge erbracht werden.

Projektdauer: 6 Monate

Ansprechpartner:

DI Günter Pauritsch

Österreichische Energieagentur

Mariahilfer Straße 136

1150 Wien

Telefon: 01-586 15 24 - 158

E-mail: guenter.pauritsch@energyagency.at

Aktivitäten des Interkulturellen Zentrums in der Schwarzmeerregion

Die Arbeit mit den östlichen Nachbarländern der EU - die Länder der Schwarzmeerregion eingeschlossen - zählt zu einem der Schwerpunkte des Interkulturellen Zentrums.

Laufende Projekte und Initiativen

BEREICH INTERNATIONALE INITIATIVEN (Jugend, Bildung & Zivilgesellschaft)

youthNET

Im Rahmen von „youthNET“ wurden seit dem Jahr 2000 mehrere Langzeitprojekte zu Vernetzung, Capacity Building und Zusammenarbeit von AkteurlInnen im Jugendbereich durchgeführt. Bei den Projekten „youthNET-SEE“ (2002-2005) und „youthNET – Creative Partnerships with SEE“ (2007-2009) lag der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit den Ländern **Südosteuropas**, bei youthNET CIS (2004-2007) auf **Belarus, Ukraine und Russland**. Im Rahmen von „youthNET - A network for European SEETizens / Cooperation support initiative for Central, Eastern and Southeast Europe“ wurde erstmals versucht, diese beiden regionalen Schwerpunkte zusammenzuführen. Als Resultat des Projekts wurde youthNET als zivilgesellschaftliches Netzwerk mit dem Schwerpunkt der interregionalen Zusammenarbeit (zwischen EU, Südost-, Osteuropa und Kaukasus) neu definiert und im Mai 2009 ein „Memorandum of Cooperation“ zwischen 24 Partnerorganisationen aus 16 europäischen Ländern (Albanien, **Belarus, Bulgarien**, Deutschland, Griechenland, Italien, Kosovo, Kroatien, Österreich, Mazedonien, Portugal, **Rumänien**, Serbien, **Russland**, Slowenien, **Ukraine**) unterzeichnet. Dieses soll nun weiter gestärkt und insbesondere Richtung **Kaukasus** ausgedehnt werden.

youthNET Partner-NGOs in den Schwarzmeerländern:

Charitable Fund „ASPERN“	Ukraine
International Initiatives for Cooperation	Bulgaria
New Eurasia Foundation	Russia
NGO „People“	Ukraine
Traditional Culture and Sustainable Development	Bulgaria
„Youth Education Centre „Fialta“	Belarus
Youth of XXI th Century, TSXXI	Romania

South Caucasus – A Part of Europe

"South Caucasus - A Part of Europe" ist ein Projekt, das vom Interkulturellen Zentrum in Kooperation mit der Association for Youth Non-formal Education (AYNEL) in Litauen und der EURASIA Partnership Foundation (Armenien, Aserbajdschan, Georgien) gestartet wurde. Ziel ist es, die Länder des Südkaukasus vor den Vorhang zu holen und Aufklärungsarbeit zu leisten. Gleichzeitig findet eine intensive Auseinandersetzung mit Entwicklungsperspektiven im europäischen Kontext statt.

Jugendliche portraituren ihre Heimat

Gemeinsam mit Jugendlichen aus **Georgien, Armenien und Aserbaidschan** sowie in Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendgruppen aus Österreich und Litauen wurde eine Informationskampagne kreiert. Die Jugendlichen recherchierten zu Themen, die sie beschäftigten: Tradition, Religion, Schule, Beruf, aber auch Freundschaft, Liebe, Hoffnungen und Träume. In Form von Texten, Fotografien, Film- und Radiobeiträgen haben sie ihre Gedanken und Eindrücke festgehalten.

Ausstellung "Unterwegs: South Caucasus and Europe - Young Perspectives"

Die Arbeiten wurden in Form einer Wanderausstellung einem breiten Publikum zugänglich gemacht: "Unterwegs: South Caucasus and Europe - Young Perspectives" zeigt ein eindrückliches Portrait der beteiligten Länder aus einer neuen und gleichzeitig vertrauten jugendlichen Perspektive. Die Ausstellung wurde 2008/08 in Wien, Linz und Innsbruck gezeigt. Ein Ausstellungsband ist im Dezember 2009 erschienen.

Caucasus Education Initiative

Das Interkulturelle Zentrum unterstützt die Bildungsinitiative "Education Cooperation across the Caucasus" des Open Society Institutes (OSI). Insgesamt stellt OSI bis 2010 mehr als eine Million USD im Rahmen dieses Entwicklungsprogramms zur Verfügung. Das IZ stellt mit Unterstützung des BMUKK einen gemeinsamen Rahmen für diese Projekte zur Verfügung – mit jährlichen Treffen in Österreich und einem umfassenden Trainingsprogramm, das 2010 gestartet werden soll.

Förderung lokaler Bildungsinitiativen

Gefördert werden zwölf Bildungsprojekte von lokalen Initiativen und NGOs im Kaukasus (**Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Nordkaukasus-Republiken der Russischen Föderation**). Im Mittelpunkt steht dabei die Ausbildung und Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Bildungsprogramme für Straßen- und Flüchtlingskinder, Trainings für Lehrkräfte oder die Entwicklung von neuen Unterrichtsmodellen zur Integration behinderter Kinder sind einige der Aktivitäten, die von OSI gefördert werden. Als Koordinator begleitet das Interkulturelle Zentrum die Umsetzung des Programms.

Transkaukazja 2011

Ab 2010 ist das IZ Partner bei dem von der polnischen Other Space Foundation seit mehreren Jahren durchgeführten Kulturfestival „Transkaukazja“. Das Festival, in dessen Zentrum vor allem **Georgien und Armenien**, aber auch **Aserbaidschan** und der **russische Nordkaukasus** stehen, wird somit erstmals auch in Österreich gastieren, mit einem Schwerpunkt an Aktivitäten im Jahr 2011.

Studienbesuche

Für unsere Partner aus der Region bietet das IZ immer wieder spezifische Seminare und Studienbesuche an, zuletzt im Juni 2009 zum Thema „Development of Institutional Conflict-

Prevention Mechanisms“ für eine von der russischen New Eurasia Foundation betreute Gruppe von öffentlichen Bediensteten aus dem **Nordkaukasus**.

BEREICH INTERNATIONALE SCHULPROJEKTE

aces

Die Initiative **aces** unterstützt die Entwicklung eines mitteleuropäischen Schulnetzwerks. Es zielt darauf ab einen nachhaltigen Dialog und die Zusammenarbeit von jungen Menschen zu ermöglichen und zu fördern und ein beständiges Netzwerk des geteilten Wissens, wechselseitigen Lernens und der Innovation zu schaffen. Die Initiative wird von den Bildungsministerien der beteiligten Länder unterstützt. Das IZ koordiniert die von der Erste Stiftung finanzierte Initiative.

Zu den 15 Teilnehmerländern zählen die folgenden Länder der Schwarzmeerregion: **Bulgarien, Moldau, Rumänien**.

ARTiculating values. Young people act in EuroMed.

Schulen und NGOs aus 8 Ländern aus der EU und dem Mittelmeerraum, darunter die **Türkei**, arbeiten in diesem Projekt, u.a. mit theaterpädagogischen Methoden am Thema „Werte“. Ziel ist der Abbau von Vorurteilen und einen Beitrag zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu leisten. Im Mittelpunkt steht der Dialog zwischen jungen Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft: So nehmen SchülerInnen von öffentlichen und privaten Schulen ebenso an dem Projekt teil wie benachteiligte Jugendliche und VertreterInnen von Minderheiten. Durch die gemeinsame, kreative Auseinandersetzung mit den Themen "Werte" und "Frieden" sowie der damit verbundenen Beschäftigung mit Selbst- und Fremdbildern wird zur kritischen Reflexion vorhandener Normen und Wertevorstellungen angeregt.

Begegnungen zwischen den ProjektteilnehmerInnen sowie das gemeinsame Arbeiten und Diskutieren sollen helfen eigenen Werte kritisch zu hinterfragen, Vorurteile abzubauen und den gegenseitigen Respekt fördern. Empowerment und Partizipation aller AkteurInnen sind im Sinne eines gleichberechtigten Dialogs nicht nur Thema, sondern spiegeln sich auch in der Methodenauswahl wider. Dabei spielen die Ausdrucksformen Theater und Text eine besondere Rolle.

Internationale Schulpartnerschaften und Schulnetzwerke

Das Interkulturelle Zentrum unterstützt Schulen beim Aufbau von internationalen Schulpartnerschaften. Auch Partnerschaften mit Schulen aus der Schwarzmeerregion fallen darunter. Eines der Schwerpunktländer ist **Aserbaidschan**. Schulpartnerschaften wurden u.a. mit **Ukraine, Türkei, Russland** vermittelt (Details zu Partnerschulen im Anhang).

NATIONALAGENTUR JUGEND IN AKTION

Zu den Programmländern von Jugend in Aktion zählen neben den **EU-Ländern** auch die **Türkei**. Im Rahmen der Aktion 3.1 (Jugend für die Welt) des EU-Programmes Jugend in

Aktion werden Jugendprojekte mit Partnerländern (darunter **Moldau, Ukraine, Belarus, Russland, Armenien, Aserbaidshan, Georgien**) gefördert. Ein Überblick über die geförderten Projekte mit diesen Ländern findet sich im Anhang. Auch im Rahmen von Aktion 2 (Europäischer Freiwilligendienst) werden Projekte mit diesen Partnerländern gefördert.

Analyse & Ausblick

Die Schwarzmeerregion ist für das Interkulturelle Zentrum von großem Interesse, da es hier ein großes Potential gibt bisherige Erfahrungen (z.B. in Südosteuropa) einzubringen und Synergien herzustellen. Dabei steht einem regionalen Zugang aber oft das Problem gegenüber, dass die Region in ihrer Gesamtheit nur sehr selten von den verfügbaren (EU-)Förderprogrammen erfasst wird oder private Fördergeber sich auf jene Länder der Region konzentrieren, in denen sie selbst aktiv sind. Im Falle der von der EU im Zuge der „Black Sea Synergy“ für die Region zur Verfügung gestellten Fördermittel (mit einem Schwerpunkt Zivilgesellschaft) kann wiederum Österreich kein Partnerland sein (neben den Anrainerstaaten Bulgarien und Rumänien ist dies nur für Griechenland möglich).

Das (vom IZ als österreichischer Nationalagentur verwaltete) EU-Programm „Jugend in Aktion“ erfasst grundsätzlich alle Länder der Region – aufgrund unterschiedlicher regionaler Aufteilungen (EU/ Partnerländer in Südosteuropa/ Osteuropa und Kaukasus) gibt es aber kaum die Region als solche erfassende Projekte.

Gerade solche umzusetzen wäre aber in Zukunft für das IZ sehr interessant und speziell für das NGO-Netzwerk youthNET eine mögliche Entwicklungsperspektive. Abgesehen davon wird das IZ wie bisher in den Ländern der Region aktiv bleiben und auch die Zusammenarbeit mit anderen österreichischen Organisationen (wie z.B. die Austrian Helsinki Association), die in der Region aktiv sind, fortführen.

interkulturelles zentrum

Lindengasse 41/10
A-1070 Wien

Tel.: ++43 1 586 75 44 -0
Fax: ++43 1 586 75 44 - 9

iz@iz.or.at

<http://www.iz.or.at>

Aufstellung über Abkommen und Besuche mit der SMR

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die bilateralen Verträge mit den Staaten aus der SMR und greift exemplarisch Besuchskontakte heraus. Damit sollen die bestehenden Kontakte und Vereinbarungen und ihre sehr unterschiedliche Dichte veranschaulicht werden.²

3.1.1 Armenien

BMASK

2006: Besuch des armenischen Ministers für Arbeit, Soziales und Familie in Österreich im Rahmen des Seminars „Kinderschutz, Kinderrechte“

2007: Besuch der armenischen Vizeministerin für Arbeit, Soziales und Familie³

BMF

Verhandlungen über ein Amtshilfeabkommen im Zollbereich werden geführt.⁴

BMG

Armenien ist Schwerpunktland für das BMG, da nach dem Erdbeben 1988 in Gjumry ein Kinderspital (ÖKS) mithilfe österreichischer Spenden und der Bundesregierung gebaut wurde. Weiters wurde in Jerevan 2006/07 ein Influenzalabor eingerichtet.⁵

BMUKK

MoU (Bildung, Kunst, Kultur) wurde Anfang 2010 unterzeichnet werden.⁶

BMWF

2005: Arbeitsbesuch von Bildungsminister Sergey Yeritzyan in Wien bei BM Elisabeth Gehrler, Unterzeichnung einer Absichtserklärung über

² Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

³ siehe Anhang 1 BMASK

⁴ siehe Anhang 5 BMF

⁵ siehe Anhang 42 Information über die bilateralen Ressortaktivitäten im Gesundheitswesen, BMG, 2009

⁶ siehe Anhang 25 BMUKK

Empfehlungen zur Anerkennung von Qualifikationen im Bereich der Hochschulbildung⁷

Bilaterale Staatsverträge⁸

Abkommen	In Kraft seit
Abkommen über bilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen	1997
Investitionsschutzabkommen	2003
Doppelbesteuerungsabkommen	2005
Luftverkehrsabkommen	unterzeichnet
Güterbeförderungsabkommen	2009

3.1.2 Aserbaidshon

BMI

Seit 2007 Verbindungsbeamter in GE, mitakkreditiert für AZ⁹

BMLFUW

MoU für Zusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich verhandelt, aber nicht abgeschlossen.

BMUKK

MoU (Kunst, Kultur) 2009 – 2012

MoU (Bildung) ist geplant.

BMWF

2004 fand ein Arbeitsbesuch des aserbaidshonischen Bildungsministers Misir Mardanov bei BM Elisabeth Gehrler statt. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Memorandum of Understanding über Empfehlungen zur gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich unterzeichnet.

⁷ siehe Anhang 10 BMWF

⁸

http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/voelkerrecht/staatsvertraege/bilateral_e-staatsvertraege.html?dv_staat=8&mode=country&submit=1&vb_vp_id=11&cHash=469eff98a5, 25. 1. 2010

⁹ siehe Anhang 7 BMI

BMWfJ

2007: Arbeitsbesuch von BM Martin Bartenstein in Baku

Bilaterale Staatsverträge¹⁰

Abkommen	In Kraft seit
Investitionsschutzabkommen	2001
Doppelbesteuerungsabkommen	2001
Luftverkehrsabkommen	2001
Zollabkommen	2004
Polizeiliche Zusammenarbeit	2006

3.1.3 GeorgienBMI

Seit 2007 Verbindungsbeamter in GE

Polizeikooperationsabkommen in Verhandlung

BMWfJ

2008: Arbeitsgespräch von BM Martin Bartenstein mit Wirtschaftsministerin Ekaterina Sharashidze in Wien

¹⁰

http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/voelkerrecht/staatsvertraege/bilateral_e-staatsvertraege.html?dv_staat=10&mode=country&submit=1&vb_vp_id=12&cHash=2a6a1b5d23, 25. 1. 2010

Bilaterale Staatsverträge¹¹

Abkommen	In Kraft seit
Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen	1997
Investitionsschutzabkommen	2004
Doppelbesteuerungsabkommen	2006
Luftverkehrsabkommen (geändert 2006)	2001/2006

3.1.4 Republik MoldauBMASK

2008: Besuch von Sozialministerin Galina Balmos in Wien, Teilnahme an der Veranstaltung „Politik für sozial Benachteiligte – Herausforderungen für Europa“

BMI

Seit 2008 Verbindungsbeamter in MD

Polizeikooperationsabkommen in Verhandlung

BMUKK

MoU (Bildung) 2009 – 2011

¹¹

http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/voelkerrecht/staatsvertraege/bilateral_e-staatsvertraege.html?dv_staat=49&mode=country&submit=1&vb_vp_id=51&cHash=bfe7ff1cf5, 25. 1. 2010

Bilaterale Staatsverträge¹²

Abkommen	In Kraft seit
Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen	1995
Luftverkehrsabkommen	1995
Investitionsschutzabkommen	2002
Doppelbesteuerungsabkommen	2005
Güterbeförderungsabkommen	2007
Straßenverkehrsabkommen – Personenbeförderung im Kraftfahrlinienverkehr	2007
Straßenverkehrsabkommen – Personenbeförderung im nichtlinienmäßigen Verkehr	unterzeichnet
Entwicklungszusammenarbeit	2009

3.1.5 RusslandBKA

Es gab drei Treffen des Bundeskanzlers mit den Spitzen des russischen Staates:

2005: BK Wolfgang Schüssel in Moskau

2007: Präsident Vladimir Putin in Wien

2009: BK Werner Faymann in Moskau¹³

1998: Memorandum über die Ausbildung russischer Verwaltungskader in Österreich¹⁴

¹²

http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/voelkerrecht/staatsvertraege/bilateral_e-staatsvertraege.html?dv_staat=113&mode=country&submit=1&vb_vp_id=115&cHash=a816c185e2, 25. 1. 2010

¹³ siehe Anhang 2 BKA

¹⁴ siehe Anhang 26 BMWFJ

BMF

Verhandlungen über ein Amtshilfeabkommen im Zollbereich laufen.

Die Finanzmarktaufsicht verhandelt mit RU über ein MoU.

BMI

Seit 2002 Verbindungsbeamter in RU

Polizeikooperationsabkommen in Verhandlung

BMLFUW

Es gibt viele bilaterale Kontakte mit der Region Krasnodar (eine der landwirtschaftlich stärksten Regionen RUs)

2009: Treffen von BM Niki Berlakovich mit E.W. Gromyko (Vizegouverneur der Region Krasnodar) in Moskau

BMUKK

Arbeitsprogramm über die kulturelle Zusammenarbeit 2009 – 2012

BMWF

MoU zwischen der dem FWF und dem russischen Fonds für Grundlagenforschung

BMWFJ

2001: Abkommen über die Zusammenarbeit zur Unterstützung des Unternehmertums

2002: Memorandum über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Unterstützung von Unternehmen

2007: BM Martin Bartenstein beim Investorenforum Kuban 2007 in Sotschi¹⁵

¹⁵ siehe Anhang 26 BMWFJ

Bilaterale Staatsverträge (Auswahl von insgesamt 37)¹⁶

Abkommen	In Kraft seit
Straßenverkehrsabkommen	1979
Gewerblicher Rechtsschutz	1982
Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens	1982
Urheberrechtsschutzabkommen	1983
Sicherheitsabkommen	1990
Investitionsschutzabkommen	1991
Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit	1995
WTZ	1999
Kulturabkommen	1999
Luftverkehrsabkommen	1999/2007
Doppelbesteuerungsabkommen	2002
Fremdenverkehrsabkommen	2002

3.1.6 Türkei

2008: Bundespräsident Heinz Fischer auf Besuch

BKA

Es gab drei Treffen des Bundeskanzlers mit seinem türkischen Amtskollegen:

2001: BK Wolfgang Schüssel in Ankara

2003: PM Recep Erdogan in Wien

2009: BK Werner Faymann in Ankara

BMASK

2000: Besuch des türkischen Ministers Gürel, zuständig für die Belange der türkischen Staatsbürger/-innen im Ausland in Wien bei BM Elisabeth Sickl

¹⁶

http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/voelkerrecht/staatsvertraege/bilateral_e-staatsvertraege.html?dv_staat=141&mode=country&submit=1&vb_vp_id=143&cHash=08e9259b31, 25. 1. 2010

2008: Besuch von BM Erwin Buchinger in der TR im Rahmen des offiziellen Besuches des Bundespräsidenten Heinz Fischer; Arbeitsgespräche mit dem Minister für Arbeit und soziale Sicherheit Faruk Çelik und Industrieminister, zuständig für Konsumentenschutz, Zafer Çağlayan.¹⁷

BMeiA

MoU über kulturelle Zusammenarbeit seit 2004

BMI

Seit 2001 Verbindungsbeamter in TR

BMJ

Mit der TR gibt es eine Arbeitsgruppe Justiz zu Fragen der Terrorismusbekämpfung, Auslieferung und Übernahme der Strafvollstreckung (Treffen 2008 in Wien, von türkischer Seite bisher kein weiteres Treffen vorgeschlagen).¹⁸

Weiters laufen mit der TR Projekte in den Bereichen Mediation und Justizreform.

BMLFUW

2009: Treffen von BM Niki Berlakovich mit türkischem Landwirtschaftsminister Mehmet Mehdi Eker

2009: Treffen von BM Niki Berlakovich mit türkischem Umwelt- und Forstwirtschaftsminister Veysel Eroglu

BMUKK

Kulturabkommen ist geplant, unter der Federführung des BMeiA

¹⁷ Details siehe Anhang 1 BMASK

¹⁸ siehe Anhang 8 BMJ

BMVIT

Zusammenarbeitsvereinbarung in den Bereichen Eisenbahn und Infrastruktur, Energietechnologie sowie Gesundheitstechnologie¹⁹

BMWFJ

1996: Energie- und Umweltkooperationsabkommen

2007: MoU über die Zusammenarbeit auf dem Tourismussektor

Bilaterale Staatsverträge (Auswahl von insgesamt 64)²⁰

Abkommen	In Kraft seit
Straßenverkehrsabkommen	1970
Luftverkehrsabkommen	1974
Textilabkommen	1989
Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen	1992
Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen	1992
Investitionsschutzabkommen	1992
internationale Sicherheit	1993
soziale Sicherheit	2000
infrastrukturelle Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitseinrichtungen	Unterzeichnet 2001, in Kraft seit 2002 ²¹
Doppelbesteuerungsabkommen	2009

3.1.7 Ukraine

2009: Besuch von BP Heinz Fischer in der Ukraine, begleitet von BM Reinhold Mitterlehner

¹⁹ siehe Anhang 27 bmvit

²⁰

http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/voelkerrecht/staatsvertraege/bilateral_e-staatsvertraege.html?dv_staat=182&mode=country&submit=1&vb_vp_id=179&cHash=7a94f9704f, 25. 1. 2010

²¹ laut Information des BMWFJ

BKA

Es gab einen Besuch von BK Alfred Gusenbauer im Juli 2008 in Kiew.

BMASK

2007: Besuch von BM Erwin Buchinger beim ukrainischen Minister f. Arbeit und Soziales, Papijew²²

BMI

Seit 2002 Verbindungsbeamter in UA

Polizeikooperationsabkommen in Verhandlung

BMJ

rege Kontakte (forciert durch EU und Europarat), u.a. der Aufbau einer Richterakademie²³

BMUKK

Kulturabkommen ist geplant, unter der Federführung des BMeiA

BMVIT

Zusammenarbeitsvereinbarung im Bereich Verkehr

²² siehe Anhang 1 BMASK

²³ siehe Anhang 8 BMJ

Bilaterale Staatsverträge (Auswahl von insgesamt 19)²⁴

Abkommen	In Kraft seit
Urheberrechtsschutz	1983
Internationale Sicherheit	1992
Abkommen über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen	Unterzeichnet 1993, in Kraft seit 1995 ²⁵
Luftverkehrsabkommen	1994
Investitionsschutzabkommen	1997
Vereinbarung über Straßengüterverkehr	Unterzeichnet 1997
Doppelbesteuerungsabkommen	1999
Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Archivwesens	1999
Straßenverkehrsabkommen – Personenbeförderung im Kraftfahrlinienverkehr	2000
Amtshilfe und gegenseitige Zusammenarbeit in Zollsachen	2001
Straßenverkehrsabkommen – Personenbeförderung im nichtlinienmäßigen Verkehr	2002
WTZ	2005

²⁴

http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/voelkerrecht/staatsvertraege/bilateral_e-staatsvertraege.html?dv_staat=184&mode=country&submit=1&vb_vp_id=183&cHash=d35a7a9751, 25. 1. 2010

²⁵ Information des BMWFJ

Gedankenpapier zur Weiterentwicklung des Engagements des BMLVS im Schwarzmeerraum

Das vorliegende Papier ist ein erstes sicherheitspolitisches Gedankenpapier²⁶, welches einen Überblick über die aktuellen militärpolitischen Beziehungen gibt und versucht generische Formen des Engagements zur Diskussion zu stellen. Das Papier stellt keinen Vorgriff auf die Neuausrichtung des Auslandsengagements des österreichischen Bundesheeres dar.

Stand 01.06..2010

1.) Vorbemerkungen

Mit der Verabschiedung der östlichen Partnerschaft²⁷ suchte die EU ihr Verhältnis zu den nunmehrigen Anrainerstaaten im Osten Europas und an der Gegenküste des Schwarzen Meeres neu zu regeln und auch in der Schwarzmeerregion als eigenständiger Akteur Fuß zu fassen. Besonders jene EU-Staaten, die eine (EU-) Außengrenze mit diesen Staaten teilen, stehen hinter einem verstärkten EU Engagement.

Österreich versucht einerseits die Zusammenarbeit gerade auch mit jenen EU-Partnern (regionale Partnerschaft), die ein Interesse an einer verstärkten Ostpolitik haben, zu vertiefen. Andererseits ist Österreich auch wirtschaftlich stark im Schwarzmeerraum präsent. Die Handelsvolumina mit dem Schwarzmeerraum sind etwa sind groß wie jene mit Ostasien oder Nordamerika.

²⁶ Das hier vorliegende Papier stellt eine Stellungnahme des BMLVS im Rahmen der integrierten Taskforce Schwarzmeerraum dar. Die integrierte Taskforce Schwarzmeerraum ist ein ressort- und institutionenübergreifendes Forum unter der Leitung des BMWFJ, welches seit September 2009 tagt und bis Mai 2010 der Bundesregierung ein Vorschlagspapier einer integrierten (=ressortübergreifend, gesamtstaatlichen) Schwarzmeerstrategie übergeben sollte. Die mitwirkenden Ministerien und Institutionen sind: Ministerien: BKA, BMASK, BMeiA, BMF, BMG, BMI, BMJ, BMLFUW, BMLVS/DionSiPol, BMUKK, BMVIT, BMWF, BMWFJ, Bundesländer, Steiermark, Kärnten, Institutionen/Unternehmen/NGO, ABA, ADA, AWS, Energy Community, Entwicklungsbank, FFG, IDM, IKSD, IZ, OMV, Plattform Parlamentarismus, TINA Vienna, UN Vienna, WIIW, Universitäten, WU Wien, Univ. Innsbruck, Interessensvertretungen: BAK, IV, LK, ÖGB, WKO;
²⁷ Vgl: European Commission, Eastern Partnership, Eastern Dimensions of the ENP, http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/docs/eastern_partnership_road_shows.pdf; Commission Staff Working Document, Eastern Partnership, http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/docs/sec08_2974_en.pdf; Communication of the Commission to the Parliament and the Council, Eastern Partnership, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>;

Durch die Kriege am Balkan und die Notwendigkeit, die unmittelbare Nachbarschaft auch militärisch zu stabilisieren, hat sich das Bundesheer in den letzten 15 Jahren deutlich „internationalisiert“. Auslandseinsätze wurden zur informellen Hauptaufgabe, an der das ÖBH und die bestehenden Strukturen gemessen wurden. Durch die Einbindung in die GSVP wurde dieser Trend noch verstärkt.

Schwergewicht des Auslandsengagements ist bis heute der Westbalkan. Dies ist mit den direkten Sicherheitsinteressen Österreichs, der innenpolitischen Akzeptanz der Einsätze und der durch Geschichte und soziokulturelle Verbundenheit Österreichs mit der Region überproportionale Wirkmöglichkeit und Akzeptanz des österreichischen Engagements in der Region auch leicht zu begründen. Doch das militärische Engagement am Balkan wird in den nächsten Jahren zurückgefahren, bzw. verändert sich im Charakter. Es wird also fraglich, ob der Balkan auf Dauer die Triebfeder des Auslandsengagements des Österreichischen Bundesheeres bleiben wird.

2011 und 2012 wird das Bundesheer an jeweils einer EU-Battlegroup teilnehmen und hierfür nicht unerhebliche Kräfte bereitstellen. Eventuelle neue Einsätze von größeren Truppenkontingenten müssen unter diesem Aspekt beurteilt werden. Die knappe Finanzsituation, die sich aller Voraussicht nach auch nach 2014 nicht ändern wird, wird ebenfalls Auswirkungen auf das zukünftige Auslandsengagement haben.

Dennoch stellt sich die Frage, wie man das Auslandsengagement nach 2013 weiter entwickeln könnte, wobei die Schwarzmeerregion eine der in Frage kommenden Regionen, Konflikträume und Schwerpunkte darstellt.

Für ein vertieftes Engagement des ÖBH in der Schwarzmeerregion spricht das sich etablierende gesamtstaatliche Interesse der Republik Österreich. Im Zuge dessen soll auch das Bundesheer als Teil eines „umfassenden Ansatzes“ Beiträge leisten können. Eine relativ hohe Akzeptanz eines möglichen Engagements in diesem Raum durch die Bevölkerung kann erwartet werden. Ein militärisches Engagement mit größeren Truppenkontingenten ist im Schwarzmeer-Raum auf absehbare Zeit jedoch nicht erwartbar.

Angesichts der Ressourcenlage wird eine signifikante Intensivierung des BMLVS-Engagements etwa in Form einer „Post – Balkan“ Initiative für den SCHWARZMEER – Raum erst nach einer gewissen Reduzierung des bisherigen Balkan-Engagements möglich. Darüber hinaus wird ein vertieftes Engagement einen klaren politischen Willen sowie eine

abgestimmte gesamtstaatliche Vorgangsweise unter Nutzung ressortübergreifender Synergien erfordern.

2.) Die Region

Die Region an sich zählt nicht zu den „klassischen“ Regionen, in denen ein militärisches Engagement mit Truppenkontingenten – wie etwa Afrika, der Nahe und Mittlere Osten oder Afghanistan – zu erwarten ist.. Dies liegt zum einen daran, dass im Raum derzeit keine größeren Truppenkontingente eingesetzt sind und ein solcher Einsatz auch in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten ist. Zum anderen ist die Region durch die direkte militärische Präsenz der russischen Föderation (Krim, Abchasien, Südossetien, Transnistrien, Armenien) und die nicht beigelegten territorialen Konflikte (Krimfrage, Transnistrien, Bergkarabach, Südossetien, Abchasien) sehr fragil. Jedes militärische Engagement müsste hinsichtlich der Ausgewogenheit, Unparteilichkeit und der politischen Signalwirkung genauestens überprüft werden.

Das Bundesheer hatte seit den 90er Jahren eine Kompanie für eine mögliche Bergkarabach-Mission assigniert, letztlich kam diese nie zum Einsatz. Der Focus eines möglichen militärischen Engagements sollte daher – zumindest so lange kein militärisches Engagement mit Truppenkontingenten absehbar ist – auf andere Bereiche gelegt werden.

Hier bestehen Möglichkeiten insbesondere im Rahmen der:

- Unterstützung bei der Annäherung an die GSVP (etwa durch GSVP-Trainingsprogramme)
- Vorbereitung der Staaten der Region auf Auslandseinsätze
- Security-Sector Reform
- Offiziers- und Unteroffiziersausbildung
- Reform des Führungssystems, Generalstabsausbildung
- Alpindienst/Gebirgsausbildung
- Sprachausbildung (einschließlich der Unterstützung der Sprachausbildung anderer österreichischer Ressorts)
- Katastrophenschutz und ABC-Abwehr
- Rüstungskontrolle und Abrüstung, insbesondere die Beseitigung chemischer Munition aus altsowjetischen Beständen

- Militärische Forschung
- Pilotenausbildung
- Luftraumüberwachung
- Verstärkung des Engagement im Rahmen des PfP-Konsortiums

Die genannten generischen Möglichkeiten implizieren, dass das ÖBH eine „Geberrolle bzw. Unterstützungsrolle“ ausübt, deren positive Auswirkungen im Sinne einer präventiven Umfeldstabilisierung erst nach einigen Jahren sichtbar werden. In jedem Falle ist ein gesamtstaatlicher Ansatz und eine enge Abstimmung mit relevanten EU-Strategien erforderlich.

Österreich unterhält bislang nur mit der Ukraine ein Memorandum of Understanding (MoU) und ein Zusammenarbeitsprogramm (ZAP). Das BMLV prüft derzeit, ob Anträge auf den Abschluss von MoUs mit einigen Staaten der Region realisiert werden sollen (MDA, ARM). Auf Basis der Partnership for Peace (PfP) Abkommen ist zwar eine punktuelle Zusammenarbeit möglich, es stellt sich jedoch die Frage nach Kostenteilung und Reziprozität.

3.) Übersicht über die bestehenden Beziehungen des BMLVS zu den Staaten der Schwarzmeerregion:

3.a.) Republik Moldau (MDA)

Die Republik MOLDAU (MDA) zählt zu den ärmsten Staaten Europas. Durch den Transnistrien-Konflikt geschwächt, sucht es zumindest wirtschaftlich eine Annäherung an Europa. Unterstützt wird es hierbei insbesondere von Rumänien. Die gegenwärtige politische Führung hat sich einer intensiven Reform des Verwaltungsapparates und der Wirtschaft in Richtung EU-Annäherung verschrieben. Sollte dieser Entwicklung durch die internationale Staatengemeinschaft insb. die EU nicht Rechnung getragen werden, droht ein Rückfall in autoritär-nationalistische Zeiten. Durch EUBAM/MDA ist die EU auch direkt mit Zollpersonal präsent.

Für die Republik MOLDAU ist AUT auf Grund seiner Neutralität, EU-Mitgliedschaft und aktiven Rolle in der PfP ein politisch besonders attraktiver Partner.

Bilaterale Kooperation:

Mit der Republik MOLDAU bestehen seit Juni 1999 militärdiplomatische Beziehungen, aber keine aktiven bilateralen Kooperationen.

Die Republik MOLDAU unterhält zu 22 Ländern militärdiplomatische Beziehungen und hat 5 Attachébüros resident in CHISINAU. Österreich unterhält zwar keinen Militärattache in CHISINAU, pflegt aber regelmäßige militärdiplomatische (Austausch-)Beziehungen mit Moldawien.

Durch MOLDAU wurde für 2010 ein Zusammenarbeitprogramm (ZAP) beantragt. Da jedoch kein Memorandum of Understanding (MOU) existiert, ist der Abschluss eines ZAP noch nicht zweckmäßig. Ein Memorandum of Understanding ist schon seit längerem in Vorbereitung und könnte, so es sich der politische Wille findet, rasch unterzeichnet werden.

Da die Wirtschafts- und Finanzkrise die Republik MOLDAU und deren Streitkräfte hart trifft, können nur wenige Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit wahrgenommen werden. Mit Masse nur jene, die von den Gastgeberländern mitfinanziert werden. Aus diesem Grund ersucht MDA das BMLVS eindringlich, eine bilaterale Kooperation mit den moldawischen Streitkräften auf Machbarkeit zu überprüfen und ins Auge zu fassen.

Seitens der Republik MOLDAU werden Kooperationen mit dem ÖBH in folgenden Feldern gewünscht:

- Unterstützung beim Aufbau des MDA Militärinstitutes (Militärakademie), sowie Kursplanung / Ausbildungsplanung / Ausbildungsinhalte
- Erzielung eines besseren Verständnisses der GSVP durch die Abhaltung von Seminaren
- Unterstützung beim Aufbauprozess der Peace Keeping Kapazitäten von MDA
- Austausch über die österreichischen Erfahrungen im Transformationsprozess des ÖBH 2010, als Beispiel für die MDA SK.

Solange keine höhere politische Priorisierung MOLDAUs seitens der Ressortführung erfolgt, wird sich die Kooperation nur auf die Kursteilnahme von Angehörigen der MDA SK an den durch AUT im Rahmen des NATO Pfp/IPP²⁸ ausgeschrieben Kursen gegen Bezahlung erstrecken. Darüber hinaus können auch einzelne Fachgespräche im Anlassfall geführt

²⁸ NATO Partnerschaft für den Frieden/Individuelles Partnerschaftsprogramm

werden. Ein Abschluss eines MoU ist dafür nicht notwendig, da das NATO PfP SOFA (Status of Forces Agreement) diese Aktivitäten abdeckt.

Um die neue Reformregierung zu unterstützen, könnte zukünftig jedoch zielgerichtete bilaterale Ausbildungsunterstützung in den Bereichen Offiziersausbildung (Kursplätze MilAk), PSO Ausbildung, verstärkte Zusammenarbeit mit ZEV in GÖTZENDORF, beurteilt und angestrebt werden.

Bereiche wie nationale und internationale Sicherheitspolitik, GSVP und Militärische Aus- und Weiterbildung sollten ebenfalls angeboten werden.

Eine Intensivierung der Ausbildungszusammenarbeit auf niedrigem Niveau - punktuell und vorerst ohne ZAP Vereinbarung - kann auch im Sinne der EU Nachbarschaftspolitik gesehen werden und könnte seitens des BMLVS weiter verfolgt werden.

3.b.) Ukraine (UKR)

Die Ukraine ist der größte rein europäische Flächenstaat und beherbergt fast die Hälfte des bebaubaren Ackerbodens in Europa. Zur Rolle als Gas-Transitland kommt noch ein erhebliches – zum Teil seit 1990 ungenütztes – industrielles Know-How. Problematisch an der Ukraine ist die interne Zerrissenheit des Landes und der Bevölkerung, die zwischen West- und Moskauorientierung schwankt. Außenpolitisch wird der Faktor Russland an Dominanz gewinnen. Eine komplette Umorientierung wird aber nicht erfolgen. Die Abhängigkeit der Ukraine von internationalen Geldgebern bleibt hoch. Eine politische Destabilisierung der Ukraine hätte jedenfalls weit reichende Konsequenzen für Europa und auf Grund der geographischen Nähe auch für Österreich.

Von Seiten der Ukraine ist Österreich aufgrund seines neutralen Status ein gefragter Ansprechpartner. Bilaterale Aktivitäten zwischen dem Österreichischen Bundesheer und den Streitkräften der UKRAINE finden seit 1996, durch Erstellung eines jährlichen Zusammenarbeitsprogramms, ohne Unterbrechung statt. Die Grundlage dazu bildet eine Rahmenvereinbarung vom 21.11.1995.

Bilaterale Kooperation:

Die bestehende Rahmenvereinbarung (politisches Abkommen) umfasst insbesondere folgende Zusammenarbeitsbereiche:

- Verwirklichung der Beschlüsse der OSZE und der friedenserhaltenden Aufgaben der UNO
- Verteidigungsdoktrin und militärische Fragen der Sicherheitspolitik
- Militärischer Forschungsbereich, insbesondere militärstrategische Grundlagenforschung
- Militärische Aus- und Weiterbildung
- Wehrwirtschaft, der Logistik des Beschaffungswesen, der Versorgung und der Materialverwaltung
- Staatsbürgerliche und wehrpolitische Aus- und Weiterbildung und sozialrechtliche Betreuung
- Militärisches Sanitätswesen
- Militärischer Umweltschutz und Katastrophenhilfe
- Militärgeographiewesen (Militärtopogeodäsie)
- sowie andere Bereich, die künftig einvernehmlich festgelegt werden.

Das derzeitige Schwergewicht liegt bei der Landesverteidigungsakademie (LVAK) im Bereich von bilateralen Kontakten zum Militärinstitut der Nationaluniversität in KIEW, sowie der Teilnahme der UKRAINE an Sprachkursen des österreichischen Sprachinstitutes des Bundesheeres. Die bilaterale Zusammenarbeit ist, bis auf vereinzelte Fachgespräche, den Kursteilnahmen von Sprachkursen des Österreichischen Bundesheeres sowie der Kontaktpflege zum Militärinstitut der Nationaluniversität in KIEW durch die LVAK als wenig intensiv zu beurteilen. Die „Geberposition“ liegt beim Österreichischen Bundesheer. Der Erfüllungsgrad des Zusammenarbeitsprogramms liegt bei ca. 70% und damit gut im internationalen Schnitt. ÖSTERREICH gewährt bei längeren Kursen eine unmittelbare finanzielle Unterstützung.

Als bilaterale Aktivitäten werden im Zusammenarbeitsplan 2010 22 Aktivitäten in folgenden Bereichen schwergewichtsmäßig geplant:

- Fachgespräche der Defence Policy Directors (geplant als BiÖ)
- Fachgespräche: Offiziersausbildung, Budget, Sprachen, Militärseelsorge
- Teilnahme an der INVITEX/ LIVEX "Rapid trident 2010" in UKR
- Ausbildungsvorhaben: 3 Sprachkurs, 1 Alpinkurse

5 PSO Kurse, 2 sonstiger Kurs

Die UKRAINE nützt vor allem PSO- und Sprachkurse in ÖSTERREICH. Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der ukrainischen Streitkräfte werden erfahrungsgemäß nicht alle gem. ZAP vereinbarten Aktivitäten auch wirklich beschickt.

Zusammenfassend kann bemerkt werden, dass eine übermäßige Intensivierung der Zusammenarbeit durch die UKRAINE, auf Grund deren finanzieller Möglichkeiten und fehlender ausreichender Sprachkenntnisse in Deutsch und Englisch nicht zu erwarten ist. Zwischen dem ÖBH und den Streitkräften der UKRAINE wurde für 2010 ein Zusammenarbeitsprogramm, entsprechend den Wünschen beider Seiten, vereinbart. Es ist jedoch auch 2010 damit zu rechnen, dass aufgrund der Restriktionen im ukrainischen Verteidigungsbudget bei der Masse der ZAP Punkte Absagen erteilt werden. In speziellen Bereichen wie PSO, Off-/UO-Ausbildungskonzepte sowie Überprüfungs- und Standardisierungsvorhaben (OCC) oder GSVP-Seminaren ist mit dem Ersuchen um Unterstützung zu rechnen.

3.c) Georgien²⁹(GEO)

Georgien rückte 2008 durch den militärischen Konflikt mit Russland in das Rampenlicht europäischer Politik. Seither ist mit der EUMM/Georgien die größte GSVP-Mission im Raum präsent. Es verbleibt der georgische Wunsch nach Westintegration. Aus europäischer Sicht ist GEORGIEN – neben der Landwirtschaft – als Energietransitland von Bedeutung.

Mit GEORGIEN bestehen seit November 2007 militärdiplomatische Beziehungen, aber keine aktiven bilateralen Kooperationen.

Durch GEORGIEN wurde jedoch bereits für 2008 ein Zusammenarbeitprogramm (ZAP) beantragt. Da bisher kein Memorandum of Understanding (MoU) existiert, ist der Abschluss eines ZAP nicht vorgesehen.

²⁹ Die georgischen Streitkräfte befinden sich in einem tief greifenden Reformprozess. Die Wehrpflicht wurde abgeschafft, Ausbildung, Doktrinen, Vorschriften, Verfahren, Personalpolitik und Heeresstruktur wurden bzw. werden verändert.

Da die Wirtschafts- und Finanzkrise GEORGIEN und die GEO SK hart trifft, können daher nur wenige Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit wahrgenommen werden. Mit Masse nur jene, die von den Gastgeberländern mitfinanziert werden.

Seitens GEORGIEN werden Kooperationen mit dem ÖBH in folgenden Feldern gewünscht:

- Unterstützung beim Aufbau des GEO Militärinstitutes (Militärakademie)
- Zusammenarbeit im Bereich der Gebirgsausbildung
- Zusammenarbeit im Bereich der Sprachausbildung

Aus österreichischer Sicht kann sich die Kooperation jedoch nur auf die Kursteilnahme von Angehörigen der SK an den, durch AUT im Rahmen des NATO PfP/IPP ausgeschriebenene Kursen gegen Bezahlung erstrecken. Darüber hinaus können auch einzelne Fachgespräche im Anlassfall geführt werden. Ein Abschluss eines MOU ist dafür nicht notwendig, da das NATO PfP SOFA (Status of Forces Agreement) diese Aktivitäten abdeckt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, mit GEORGIEN seit 2007 militärdiplomatische Beziehungen gibt, jedoch kein MOU und ZAP. Eine Teilnahme an AUT NATO PfP/IPP ausgeschriebenene Kursen gegen Bezahlung sowie anlassbezogene Fachgespräche sind jedoch möglich.

3.d.) Armenien (ARM)

Die fortdauernde Isolation Armeniens durch die Türkei und Aserbaidschan sichert Russland eine permanente militärische Präsenz im Südkaukasus und öffnet dem Iran, über den Armenien mit Gas versorgt wird, eine gute Schmuggelroute, mögliche Embargos zu umgehen. Daher sucht die EU gemeinsam mit den USA Druck auf die Türkei auszuüben, diese Isolationspolitik zu revidieren.

Zwischen ARMENIEN und ASERBAIDSCHAN (AZE) besteht schon seit dem „Beitritt“ beider Staaten zur UdSSR ein Konflikt über die Region NAGORNIJ KARABACH. Nach Rücknahme der Autonomie der Region durch AZE und der damit verbundenen Unabhängigkeitserklärung der Region, kam es in den 1980ern zuerst zwischen diesen beiden zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die jedoch in einem Krieg zwischen ARM und AZE mündeten. Im Zuge der Gefechtshandlungen besetzten ARM Truppen nicht nur NAGORNIJ KARABACH sondern auch den „Korridor“, der ARM mit NAGORNIJ KARABACH

verbindet. Der Krieg ist bis dato weder durch ein Waffenstillstandsabkommen, noch durch einen Friedensvertrag beendet worden. Alle Vermittlungsversuche sind bis dato gescheitert.

Die militärischen Beziehungen Österreichs zu Armenien – das gilt im selben Maße für Aserbaidschan – sind bisher rudimentär. Seitens Österreichs wird zu berücksichtigen sein, dass ein gewisses Ausmaß an Äquidistanz zu den beiden Konfliktparteien in der Bergkarabach-Frage erforderlich ist.

Mit ARMENIEN bestehen seit April 2007 militärdiplomatische Beziehungen, aber keine aktiven bilateralen Kooperationen.

Durch ARMENIEN wurde jedoch für 2008 ein Zusammenarbeitprogramm (ZAP) beantragt. Da bislang kein Memorandum of Understanding (MoU) existiert, wäre ein solches allenfalls zu prüfen.

Da die, seit Ausbruch des Krieges geltenden, Handelsbeschränkungen und Blockaden einerseits, aber auch die Wirtschafts- und Finanzkrise andererseits ARMENIEN und die ARM SK hart trifft, können daher nur wenige Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit wahrgenommen werden. Mit Ausnahme nur jene, die von den Gastgeberländern mitfinanziert werden.

Seitens ARMENIEN werden Kooperationen mit dem ÖBH in folgenden Feldern gewünscht:

- Bilateralen Experten- und High Level Besuche;
- Unterstützung beim Aufbau der ARM Offiziersausbildung („Defence Education Concept“)
- Zusammenarbeit im Bereich der Gebirgsausbildung in ARM
- Zusammenarbeit im Bereich der „Security and Defence Sector Research“.

Aus österreichischer Sicht kann sich die Kooperation vorerst jedoch nur auf die Kursteilnahme von Angehörigen der ARM SK an den, durch AUT im Rahmen des NATO PfP/IPP ausgeschriebenen Kursen gegen Bezahlung erstrecken. Darüber hinaus können auch einzelne Fachgespräche im Anlassfall geführt werden. Ein Abschluss eines MoU wäre dafür nicht notwendig, da das NATO PfP SOFA (Status of Forces Agreement) diese Aktivitäten abdeckt.

Im Bereich des Aufbaus der ARM Offiziersausbildung ist bereits ein österreichischer Lektor in Doppelfunktion auf Ersuchen der NATO temporär in ARM tätig. So wird dieser Bereich

einerseits durch die NATO, andererseits jedoch auch bilateral abgedeckt, und durch ARM auch so wahrgenommen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass mit ARMENIEN seit 2007 militärdiplomatische Beziehungen bestehen, jedoch kein MoU und ZAP. Eine Teilnahme an, im AUT NATO Pfp/IPP ausgeschrieben, Kursen gegen Bezahlung und anlassbezogene Fachgespräche sind jedoch möglich.

3.e.) Aserbaidshchan (AZE)

Mit Aserbaidshchan bestehen derzeit keine bilateralen Aktivitäten wenngleich die Ausbildung im Alpinbereich mehrfach als ein mögliches Kooperationsfeld angesprochen wurde. Ein erhöhtes Engagement durch AUT ist derzeit nicht absehbar.

3.f.) Türkei (TUR)

Durch ihre geostrategische Schlüsselstellung, ihre große Armee, aufstrebende Wirtschaft und dynamisierende Außenpolitik ist die Türkei zu einem wichtigen Gliedstaat zwischen Europa und dem Orient geworden. Der EU-Beitrittsprozess ist nur eine Facette der komplexen EU-Türkei-Beziehungen.

Die Lage der Türkei unterscheidet sich von allen anderen Staaten dadurch, dass die Türkei erstens NATO-Mitglied ist und zweites – abgesehen von Russland – die größten konventionellen Streitkräfte in Europa unterhält. Damit ist die Türkei kein unmittelbarer „Bedarfsträger“ für eine Kooperation auf militärisch-operativer Ebene. Dennoch bestehen ein Kooperationspotential und Interesse auf sicherheitspolitischer Ebene.

AUT hat seit 1994 einen Verteidigungsattache (VA) in der TÜRKEI eingesetzt, die Masse der bilateralen Kontakte sind Besuchertätigkeiten auf Expertenebene sowie Studien und Vortragsreisen.

Bilaterale Aktivitäten zwischen dem Österreichischen Bundesheer und den Streitkräften TÜRKEI finden z.Z. nicht statt.

Es gibt derzeit keine bilateralen Vereinbarungen, obgleich seitens TÜRKEI auf den Abschluss eines „Vertrages“ (MoU) zwischen den beiden Ländern bei jeder Gelegenheit gedrängt wird. Die Vorschläge der TUR würden einen Staatsvertrag erfordern, dem durch AUT derzeit nicht

zugestimmt werden kann. Der TUR wurde daher der Vorschlag unterbreitet, die Kooperation auf eine Übereinkunft auf Ministerebene zu beschränken. Eine Antwort steht noch aus.

4.) Attachenetzwerk

Das Österreichische Bundesheer unterhält in Kiew und Ankara einen Militärattache. Moldawien und Georgien werden aus Kiew, Aserbaidshan aus Ankara und Armenien aus Moskau mit betreut.

Eine Ausdehnung des Attachenetzwerkes ist aus budgetären Gründen derzeit nicht geplant. Möglichkeiten einer intensivierten Zusammenarbeit insbes. mit Vertretern des BMI im Raum (z.B. Sicherheitsattachés) wären proaktiv zu prüfen.

5.) Sicherheitspolitische Forschung

Neben der Partnerschaften der LVAK mit der Universität Kiew und der ständigen Forschung dieser Institution zu Osteuropa (Russland, Ukraine, Moldawien) beschäftigten sich seit 2007 mehrere Forschungsprojekte der Partnerinstitute des BMLVS mit dem Schwarzmeerraum.

2007-2008 erforschte das Ludwig-Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung die Position der meinungsbildenden Eliten in Armenien und Aserbaidshan zum Bergkarabach-Konflikt. Seit 2009 arbeitet dasselbe Institut an einer Arbeit zur Verbesserung des Krisenmanagement und Konfliktvorsorge, wobei insbesondere die Lage an der Krim unter dem Begriff Konfliktvorsorge bearbeitet wird.

Das Internationale Institut für Liberale Politik (IILP) Wien befasste sich 2007-2008 mit den latenten Konfliktpotentialen in Georgien, 2009 mit dem Bergkarabach-Konflikt. Gegenwärtig arbeitet es gemeinsam mit anderen Instituten an einem Forschungsprojekt Osteuropa-Schwarzmeerraum, das neben Szenarien der regionalen Entwicklung vor allem auch Möglichkeiten der Konfliktvorsorge und des Krisenmanagements behandelt.

Des Weiteren wird eine kleine Arbeit zur Erwartungshaltung der neuen ukrainischen Führung an die EU bzw. Österreich als in die EU eingebundener neutraler Staat verfasst. Hierzu befindet sich von 1. Juni bis zum 1. September ein Forscher des IILP in Kiew.

6.) Zusammenfassung

Der Schwarzmeerraum ist nicht als klassischer Raum für ein militärisches Engagement mit Truppenkontingenten zu beurteilen. Ein solches ist auf absehbare Zeit nicht erwartbar. Dennoch gibt es im militärischen Bereich, welcher weiter zu fassen ist als die Entsendung von größeren Truppenkontingenten – einige Betätigungsfelder: Von Verwaltungsreform (demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Transparenz, etc.), Rüstungskontrolle (inkl. der Vernichtung von Restbeständen an C-Waffen, Landminen, etc., Delaborierung alternder Munition), über die Restrukturierung der Armeen, Einführung moderner (=westlicher) Planungs- und Führungsmethoden, Offiziers- und Unteroffiziersausbildung, Pilotenausbildung, Katastrophenschutz, Vorbereitung auf Auslandseinsätze, etc. kann auch eine Heranführung an GSVP Strukturen und die Ausdehnung der bereits am Balkan praktizierten SAP-Ausbildungsprogramme angedacht werden.

Angesichts der Ressourcenlage kann eine signifikante Intensivierung der BMLVS-Beiträge erst nach einer gewissen Reduzierung der Balkan-Engagements erfolgen und würde eine klare politische Willensäußerung erfordern.

Als mögliche prioritäre Empfängerstaaten von Unterstützungsprogrammen bieten sich aus sicherheitspolitischen Erwägungen neben der UKR vorrangig MDA und ARM an.

Jede militärische Aktivität sollte in einen gesamtstaatlichen Ansatz eingebettet und eng mit einschlägigen EU-Programmen abgestimmt werden. Darüber hinaus wird angestrebt, insbesondere solche Aktivitäten zu verfolgen, welche sich im Rahmen von Kooperationen mit anderen EU-Mitgliedsstaaten (etwa im Rahmen einer regionalen Kooperation mitteleuropäischer Staaten) umsetzen lassen.

Die vorstehend angeführten Möglichkeiten hinsichtlich eines weiter gefassten militärischen Engagements in der Region verstehen sich als eine erste Kompilation von Optionen. Eine Konkretisierung hinsichtlich spezifischer Maßnahmen (Detail- und Umsetzungsplanung) wird noch im Jahr 2010 einzuleiten sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Schwarzmeerregion und Herausforderungen für eine Internationalisierungsoffensive Österreichs

*Peter Havlik, Vasily Astrov, Josef Pöschl und Gábor Hunya
Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)
Revidiert, Jänner 2010*

Die sechs wichtigsten Merkmale der Schwarzmeerregion

Die wichtigsten Merkmale der Schwarzmeerregion, die eine hohe Relevanz für die wirtschaftliche Entwicklungsstrategie haben, können wie folgt zusammengefasst werden:

- *Extreme Heterogenität und verbreitete Armut: drei kleine Länder (Armenien, Georgien, Moldau), drei große Länder (Russland, Türkei, Ukraine) sowie Aserbaidschan und die Krasnodar-Region im Mittelfeld. Die Türkei ist das höchstentwickelte Land der Region (BIP pro Kopf: 40% des EU-Durchschnitts), Moldau das ärmste Land Europas.*
- *Die institutionellen Beziehungen mit der EU variieren von Beitrittskandidaten-Status und einer Zollunion (Türkei) über Beitrittsaspirationen und Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (Georgien, Ukraine, Moldau) bis zu eigenständigen Entwicklungsstrategien (v.a. Russland, Aserbaidschan, Armenien).*
- *Eingefrorene bzw. latente Konflikte, die eine integrierte wirtschaftliche Strategie erschweren (Transnistrien in Moldau, Berg-Karabach in Aserbaidschan/Armenien, Abchasien und Südossetien in Georgien/Russland, Halbinsel Krim in Ukraine/Russland, Genozid an Armeniern in Armenien/Türkei).*
- *Hohe Handels- bzw. Leistungsbilanzdefizite und extreme Abhängigkeit von Migranten-Transfers aus dem Ausland (Ausnahmen: Türkei und die Energie-Exporteure Russland und Aserbaidschan), niedrige Wettbewerbsfähigkeit.*
- *Mangelhafte Infrastruktur (Straße, Schiene, Pipelines – letztere jedoch wichtig für die Energieversorgung Europas) und verbreitete Korruption (außer Georgien und Türkei).*
- *Potential für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Fremdenverkehr, Landwirtschaft (Lebensmittelindustrie), Energie(transit) und Entwicklungshilfe (KMUs, Mikrokredite, Gesundheitswesen und Umweltschutz).*

Einführung

Die Schwarzmeerregion umfasst eine Reihe sehr unterschiedlicher Länder. Die von der BMWFJ initiierte Internationalisierungsoffensive (IO) identifiziert im „Integrierten Regionalprogramm Schwarzmeerregion (IRS)“ die folgenden Länder bzw. Regionen als Zielgebiete für eine regionale österreichische Außenwirtschaftsoffensive in diesem Raum:

Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldau, Türkei, Ukraine und die Region Krasnodar in Russland.³⁰ Dieser Bericht analysiert, nach einer kurzen regionalen Übersicht, die wichtigsten wirtschaftlichen Merkmale der einzelnen obengenannten Länder um einige Herausforderungen für eine österreichische wirtschaftliche Strategie in der Region zu skizzieren. Ein Anhang mit den wichtigsten statistischen Kennzahlen ist angeschlossen.³¹

Die Wirtschaft der Schwarzmeerregion in Überblick

Die Wirtschaften der einzelnen Länder der Region sind extrem heterogen. Je nach Wirtschaftsgröße gemessen kann man zwischen sehr kleinen Ländern (Moldau, Armenien und Georgien, mit einem BIP zu KKP von rund 8,5 bis 17,2 Mrd. EUR zu Kaufkraftparitäten im Jahr 2008) und mittelgroßen unterscheiden (Ukraine: BIP von 278 Mrd. EUR, Türkei: 815 Mrd. EUR).³² Die Region Krasnodar hat ein geschätztes Regional-BIP von rund 43 Mrd. EUR – mehr als Armenien, Georgien und Moldau zusammen (vgl. Tabelle 1 in Anhang). Ohne Berücksichtigung Russlands wird die Region von der Türkei dominiert, die auch das reichste Land ist (BIP pro Kopf zu KKP: rund 43% des EU-Durchschnitts) und fast den gesamten Teil der südlichen Schwarzmeerküste umfasst (die nördliche Schwarzmeerküste teilen sich fast zur Gänze die Ukraine und Russland).

Die Länder der Region unterscheiden sich auch in Bezug auf die institutionelle Entwicklung und ihre Integrationsperspektiven bzw. -ambitionen. Die Türkei unterhält bereits seit den 1970er-Jahren eine Freihandelszone (seit 1995 eine Zollunion) mit der EU, ist seit 1999 offizieller Kandidat für die EU-Mitgliedschaft und führt bereits konkrete Beitrittsverhandlungen (freilich mit geringen Aussichten auf eine tatsächliche EU-Mitgliedschaft in absehbarer Zukunft). Georgien, Moldau und Ukraine haben EU-Beitritts-Aspirationen geäußert, die jedoch in absehbarer Zukunft ebenfalls als unrealistisch

³⁰ Es wurde von BMWFJ explizit darauf hingewiesen, dass die Einbeziehung Russlands in diese IO aus verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Gründen den Rahmen dieses Projektes sprengen würde. Die untenstehende Analyse beschränkt sich daher in Bezug auf Russland lediglich auf die russische Region Krasnodar. Gleichzeitig muss jedoch auch darauf hingewiesen werden, dass wegen des Gewichts Russlands in der Region (Wirtschaftskraft, politischer Einfluss, Geographie usw.) dieses Land in jedem Regionalprogramm berücksichtigt werden sollte. Auch bei einer gesonderten Betrachtung der Region Krasnodar ist eine spezielle Internationalisierungsoffensive wegen der beschränkten Kompetenzen der Regionen in Russland nur bedingt möglich. Andererseits sollte die abtrünnige georgische Republik Abchasien (ehemals Teil Georgiens, seit August 2008 von Russland als unabhängig anerkannt) als separate Teil der Schwarzmeerregion betrachtet werden (vgl. wiiw Monthly Report 9/2008). Weiters werden Moldau und Aserbaidshan in das IRS einbezogen (obwohl sie über keine Schwarzmeerküste verfügen), Bulgarien und Rumänien hingegen nicht (da sie seit 2007 EU-Mitglieder sind).

³¹ Als Beilage wurden kurze Beiträge in englischer Sprache über Moldau, Ukraine, Türkei, Georgien (sowie Abchasien und Südossetien) und Russland aus den wiiw Monthly Reports für die Plattform übermittelt. Aktuelle Informationen über die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Kooperation in der Region sind u.a. von der „Organization of the Black Sea Economic Cooperation (BSEC) Business Council“ erhältlich (vgl. <http://www.bsec-business.org/>). Vgl. auch Panagiotis Gavras (2010), „The Current State of Economic Development in the Black Sea Region“. Policy Report I, Commission on the Black Sea (<http://www.blackseacom.eu>).

³² Im Vergleich betrug das BIP Österreichs im Jahr 2008 rund 282 Mrd. EUR.

erscheinen. Weder Aserbaidschan noch Russland (bzw. die Krasnodar-Region) sind – jeweils aus unterschiedlichen Gründen – an einem EU-Beitritt interessiert. (sehr wohl aber an einer wirtschaftlichen Kooperation mit der EU, nicht zuletzt im Energiebereich), Armenien ist außenpolitisch weitgehend isoliert (unterhält jedoch gute Beziehungen zu Russland).

Die EU selbst strebt (seit Mai 2009) die Entwicklung engerer Beziehungen im Rahmen einer „Eastern Partnership“ mit einigen Ländern der Region an (u.a. mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und Ukraine), während Russland eigene Kooperations- und Integrationspläne in der Region verfolgt. Der Konkurrenzkampf zwischen Russland und der EU um Einfluss in der Region führt wiederholt zu Spannungen. Die EU unterhält mit Russland ein Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit (PCA, Ende 2007 ausgelaufen, jedoch automatisch verlängert) und führt Verhandlungen über ein „Grundabkommen“ (die frühere Bezeichnung einer „Strategischen Partnerschaft“ ist derzeit umstritten). Nicht nur die EU, sondern auch Russland (bzw. die Türkei und die USA), versuchen ihren Einfluss in der Region zu beizubehalten, zu verstärken bzw. aufzubauen (und treten vielfach als Konkurrenten auf – z.B. im Bereich Energietransit aus dem Kaspischen und Zentralasiatischen Raum). Die Türkei, als aufstrebende Regionalmacht agierend, versucht die wirtschaftlichen Beziehungen in der Region zu festigen und ihren Einfluss auszubauen: sie ist in Aserbaidschan, Georgien, Ukraine und Russland wirtschaftlich (und kulturell) bereits relativ stark präsent.³³ Der historische Konflikt mit Armenien – um den türkischen Genozid an Armeniern Anfang des 20. Jahrhunderts, die armenische Besetzung von Berg-Karabach sowie die Vertreibung von Aseris aus dieser Region (und die damit verbundene Wirtschaftsblockade Armeniens seitens der Türkei und Aserbaidschans) – scheint sich seit Mitte des Jahres 2009 nach der türkisch-armenischen „Fußball-Diplomatie“ etwas zu entspannen. Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die von Armenien besetzte Aseri-Region Berg-Karabach und die Rückkehr der Flüchtlinge könnte hingegen demnächst sogar eskalieren.³⁴

Die zahlreichen Spannungen und andere Aspekte der regionalen Länderheterogenität (z.B. in Wirtschafts- und Außenhandelsstruktur – vgl. unten) erschweren natürlich auch den Entwurf eines integrierten Regionalprogramms: es gibt einfach zu wenig Gemeinsamkeiten, um die Region als solche zu betrachten. Die Länder sind zu klein und zu unterschiedlich, und eine grenzüberschreitende Kooperation ist wegen der obengenannten Spannungen derzeit kaum möglich. Von den schweren wirtschaftlichen

³³ Eine große regionale Konferenz über die Exitstrategien aus der gegenwärtigen Krise wird Ende März 2010 unter der Schirmherrschaft des Premierministers Erdogan in Ankara stattfinden.

³⁴ Ein Treffen der beiden Länder Mitte November 2009 in München unter OSZE-Vermittlung brachte keine Entspannung, und Aserbaidschan hat sich eine militärische Option vorbehalten. Auf die zahlreichen anderen „eingefrorenen“ Konflikte in der Region (um Südossetien, Abchasien, Berg-Karabach, Transnistrien und möglicherweise auch um die Halbinsel Krim), die schwerwiegende Implikationen für eine regionale Wirtschaftsentwicklung und Kooperation (sowie Strategie) haben, kann hier nicht näher eingegangen werden.

Turbulenzen und Krisen, welche die Region Ende der 1980er/Anfang der 1990er-Jahre als Folge des Zerfalls der UdSSR heimsuchten (dies betrifft die gesamte Region außer der Türkei), haben sich einige Länder (Georgien, Moldau und die Ukraine – vgl. Tabelle 1) sogar nach 20 Jahren noch nicht vollständig erholt. Und die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat einige Länder der Region (vor allem die Ukraine und Armenien) auch überdurchschnittlich hart – nach einer Phase des schnellen Wachstums – getroffen (Tabelle 2 in Anhang).³⁵

Eine der wenigen Gemeinsamkeiten der Länder in der Schwarzmeerregion ist ihre wirtschaftliche Unterentwicklung: das reale BIP pro Kopf zu KKP liegt unter 50% des EU-Durchschnitts (die Türkei ist, mit 43% des EU-Durchschnitts, das „reichste“ Land in der Region), und die Löhne sind noch niedriger – vgl. Tabelle 1. Wegen der verbreiteten Armut und der anhaltenden regionalen Spannungen gilt die Region als Auswanderungsquelle (Migration nicht nur in den Westen, sondern auch nach Russland). Nach offiziellen Angaben ist die Arbeitslosigkeit nicht übermäßig hoch – wenn es auch Hinweise gibt, dass sie tatsächlich um einiges höher ist, z.B. in Armenien. Mit Ausnahme der beiden Energieproduzenten Aserbaidschan und Russland leidet die Region unter großen externen Ungleichgewichten in der Leistungs- und insbesondere der Handelsbilanz: vor allem Länder wie Armenien, Georgien und Moldau verzeichnen Leistungsbilanzdefizite von mehr als 10% des BIP, hauptsächlich weil sie nur über eine geringe Exportwirtschaft verfügen. Die Handelsbilanzdefizite sind in der Regel noch größer (in % des BIP – vgl. Tabelle 1). Eine wichtige Quelle der externen Finanzierung – jedenfalls wichtiger als die ausländischen Investitionen oder offizielle Hilfszahlungen – sind daher die Überweisungen (Remittances) von Arbeitsmigranten (mehr als 1 Mrd. USD pro Jahr in Moldau und Georgien, mehr als 2 Mrd. USD in der Ukraine, laut offizieller Zahlungsbilanzstatistik für das Jahr 2008) bzw. auch von der ausländischen Diaspora (Armenien).³⁶ Die Überweisungen von Arbeitsmigranten werden 2009 als Folge der globalen Wirtschaftskrise laut Weltbank überall deutlich sinken und die Finanzierung der externen Ungleichgewichte erschweren.³⁷

Institutionelle Entwicklungen und das aktuelle wirtschaftliche Umfeld

Die meisten Länder der Schwarzmeerregion haben auch in Bezug auf ihre institutionelle Entwicklung einen großen Aufholbedarf. Sie sind in der Regel weniger fortgeschritten bei den marktwirtschaftlichen Reformen und mehr korrumpiert als die neuen EU-Mitglieder, in den meisten Fällen liegen sie in dieser Hinsicht noch hinter Bulgarien und Rumänien. Der

³⁵ Mehr über die Auswirkungen der Krise auf die Region vgl. Gavras, P. Iorga, G. A. (2009), „The Impact of the Current Economic and Financial Crisis on the Black Sea Region“. ICBSS Policy Brief, No. 18, October (<http://www.icbss.org>)

³⁶ Die Remittances beliefen sich in Armenien im Jahr 2008 auf rund 20% des BIP und wurden überwiegend für den Wohnungsbau verwendet (Information von H. Manasyan, Eriwan).

³⁷ Laut Schätzungen des Weltbankexperten Dilip Ratha – vgl. <http://www.worldbank.org/financialcrisis/>.

Reformfortschritt wird u.a. auch von der EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) mit Sitz in London regelmäßig ermittelt. Armenien, Russland und Türkei haben dabei eine bessere Bewertung (vergleichbar etwa mit Bulgarien oder Serbien), Aserbaidschan, Moldau und Ukraine liegen schlechter (etwa auf dem Niveau von Albanien oder Bosnien und Herzegowina).³⁸

Das Ausmaß der Korruption wird z.B. von Transparency International oder der Weltbank regelmäßig evaluiert.³⁹ In Bezug auf die Korruption liegt laut Transparency International und ihrem Corruption Perception Index 2009 die Türkei an bester Stelle (= weniger korrupt) unter den Schwarzmeerländern (Platz 61 unter 180 bewerteten Ländern), gefolgt von Georgien (66), Moldau (89), Armenien (120), Aserbaidschan (143), Russland (146) und Ukraine (146).⁴⁰ Die Weltbank-Reihung bezüglich des Geschäftsklimas, „Doing Business 2010“, bringt Aserbaidschan an erster Stelle (= einfachere Geschäftsbedingungen) unter den Schwarzmeerländern (Platz 38 unter 183 bewerteten Ländern), gefolgt von Armenien (43), Türkei (73), Moldau (94), Russland (120) und Ukraine (146).⁴¹ Beide Bewertungen deuten auf eine sehr komplexe und schwierige wirtschaftliche und institutionelle Umwelt in der Schwarzmeerregion hin, die sich nur langsam (und nicht überall) verbessert.

Der private Sektor spielt in allen Ländern der Region eine überragende Rolle: zwischen 65% und 75% des BIP wird laut Einschätzung der EBRD gegenwärtig im privaten Sektor erzeugt. Die Preise, Wechselkurse und der Außenhandel sind überall weitgehend liberalisiert. Gewisse Mängel gibt es im Bereich der Wettbewerbspolitik (hier ist die Türkei am meisten fortgeschritten und Aserbaidschan am wenigsten), ähnlich wie in den Entwicklungen im Finanzsektor und bei der Infrastrukturreform. Vor allem das Straßen- und Schienennetz bleibt relativ unterentwickelt, was natürlich auch die wirtschaftlichen Beziehungen inner- und außerhalb der Region wesentlich erschwert.⁴²

Wirtschafts- und Außenhandelsstruktur

Die wirtschaftliche Struktur der einzelnen Schwarzmeerländer ist von Landwirtschaft, Bergbau, Bauwirtschaft und Handel geprägt. Der Anteil der Industrie und anderer

³⁸ Vgl. EBRD Transition Report 2009, S. 4-5, 136-235. Für die Methodologie vgl. ibid S. 248-249.

³⁹ Vgl. http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table;
http://www.doingbusiness.org/Documents/DB10_Overview.pdf.

⁴⁰ Im Vergleich nimmt Österreich in dieser Aufstellung Rang 16 ein, Slowenien 27, Ungarn 46, Polen 49, Tschechien 52 und die Slowakei 56. Bulgarien und Rumänien liegen auf Platz 71 – besser als die meisten Schwarzmeerländer.

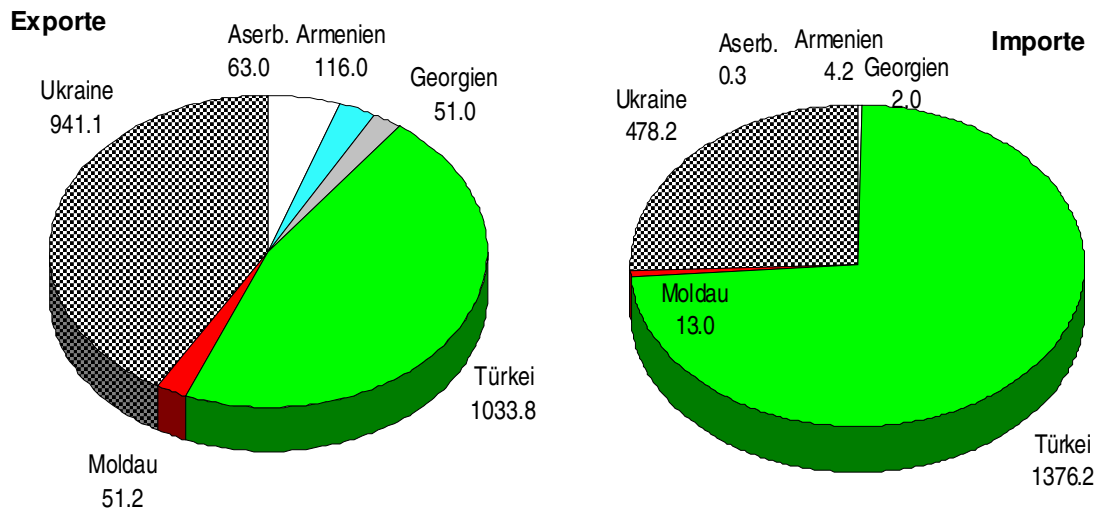
⁴¹ Österreich liegt nach dieser Bewertung an 28. Stelle, die Slowakei an 42., Bulgarien an 44., Ungarn an 47., Rumänien an 55., Polen an 72. und Tschechien an 74. Stelle.

⁴² Vgl. EBRD Transition Report 2009, Table 1.1, Transition Indicator Scores, S. 4. Umfangreiche Informationen über die Schwarzmeerregion bieten auch die OECD bzw. The International Center for Black Sea Studies in Athen (vgl. http://www.oecd.org/document/59/0,3343,en_2825_498342_40659643_1_1_1_1,00.html, http://icbss.org/index.php?Itemid=1&option=com_frontpage).

hochwertigerer Dienstleistungen ist dementsprechend relativ niedrig (Tabelle 3). Diese strukturellen Verzerrungen – die hohe Konzentration auf den primären Sektor – sind die Folge wirtschaftlicher Unterentwicklung. In Armenien spielt die Bauwirtschaft eine außerordentlich große Rolle (30% des BIP im Jahr 2008), in Aserbaidschan die Energieförderung (56% des BIP), in Georgien, Moldau, der Türkei, der Krasnodar-Region und der Ukraine der Transport (inklusive Transitverkehr). Die verarbeitende Industrie hat lediglich in der Wirtschaft der Ukraine, der Türkei und Moldaus größeres Gewicht. In Armenien, Georgien, Moldau und der Krasnodar-Region spielt die Landwirtschaft eine wichtige Rolle.

Abbildung 1

Außenhandel Österreichs mit den Schwarzmeerländern im Jahr 2008 (Mio. EUR)



Anmerkung: Ohne Russland. Die österreichischen Einfuhren aus Russland beliefen sich 2008 auf 2,6 Mrd. EUR (fast ausschließlich Energie), Ausfuhren betragen 3,4 Mrd. EUR. Die Energieimporte werden nicht vollständig erfasst.

Quelle: Eurostat Comext Datenbank, eigene Berechnungen.

Die wirtschaftliche Struktur der Schwarzmeerländer spiegelt sich auch im Außenhandel wider. Außer den energie- (Aserbaidschan und Russland) bzw. metallreichen Ländern (Ukraine) ist die Außenhandelsverflechtung dieser Länder (gemessen z.B. am Anteil der Exporte oder Importe am BIP oder am Export pro Kopf der Bevölkerung) sehr gering – insbesondere in Bezug auf Exporte. Armenien, Georgien, Moldau und die Ukraine führen etwa 30% (Armenien) bis 40% (Moldau) ihrer Exporte in andere GUS-Republiken ein, wobei Russland in der Regel der wichtigste regionale Abnehmer ist (Aserbaidschan exportiert hingegen sehr wenig in andere GUS-Republiken). Eine ähnlich große Handelsverflechtung mit den anderen GUS-Republiken existiert auch bei den Einfuhren, wobei hier auch Aserbaidschan rund ein Drittel seiner Importe aus dem GUS-Raum bezieht. Ein wichtiger regionaler Handelspartner ist natürlich die Türkei: dies gilt

insbesondere für Aserbaidschan, Georgien, die Ukraine und Russland (mit Armenien gibt es aufgrund der genannten Blockade offiziell keinen Handel). Die Region Krasnodar exportiert hauptsächlich Lebensmittel und Energie, über die geographische Struktur des Handels gibt es keine Angaben.

Ein detaillierter Überblick über die Struktur des Handels der einzelnen Schwarzmeerländer mit der EU und Österreich befindet sich in Anhang; an dieser Stelle werden nur die wichtigsten Merkmale hervorgehoben.⁴³ Die Exporte der EU in die Region (Russland, Türkei und Ukraine sind die wichtigsten Partner) sind relativ breit gestreut: Maschinen und Verkehrsmittel, andere bearbeitete Waren – Konsumgüter. Die EU-Importe konzentrieren sich in der Regel auf eine sehr beschränkte Zahl wenig bearbeiteter Produkten (z.B. Energie, Metalle oder andere bearbeitete Waren). Eine etwas stärker diversifizierte Importstruktur gibt es lediglich im Handel mit der Türkei, wobei auch EU-Importe von Maschinen und Verkehrsmitteln eine bedeutende Rolle spielen (38% der EU-Importe aus diesem Land).

Für Österreich hat der Handel mit den Schwarzmeerländern eine relativ geringe Bedeutung. Sogar nach Russland gehen insgesamt nur 2,8% der österreichischen Ausfuhren (3.4 Mrd. EUR im Jahr 2008), hauptsächlich Maschinen, Verkehrsmittel und Chemikalien (importiert wird fast ausschließlich Energie).⁴⁴ Wichtigere Handelspartner in der Region sind auch Türkei und Ukraine. Nach Aserbaidschan, Georgien und Moldau exportierte Österreich 2008 Waren im Wert von jeweils rund 50 Mio. EUR (vor allem Maschinen und Verkehrsmittel); die Importe aus diesen Ländern waren sehr gering. Im Handel mit Armenien überwiegen laut Eurostat Goldexporte (86% der österreichischen nicht klassifizierten Exporte – vgl. Abbildung 1 und Tabelle 5 in Anhang).

EBRD-Strategien für Schwarzmeerländer

Die EBRD veröffentlicht regelmäßig in ihren Transition Reports die Evaluierungen einzelner Reformländer, darunter auch der Schwarzmeerländer. In der letzten Ausgabe von 2009 wird erstmals auch die Türkei analysiert.⁴⁵ Abgesehen von den kurzen Länderanalysen im Transition Report veröffentlicht die EBRD auch detailliertere Länderstrategien.

⁴³ Generell gilt, dass sich die Struktur der Exporte einzelner GUS-Länder in die EU und in die GUS deutlich unterscheidet. Während beispielsweise Aserbaidschan in die EU fast ausschließlich nur Energie exportiert (und kaum in die GUS), führt es in die GUS z.B. auch Maschinen und Baumwolle ein. Moldau wiederum exportiert in die GUS (und kaum in die EU) auch Fleisch und Medikamente. Exporte von Maschinen aus der Ukraine gehen fast ausschließlich in die GUS. Aus diesen strukturellen Unterschieden könnten für Österreich potentiell neue Handelschancen entstehen.

⁴⁴ Im Bereich Energie-Rohstoffhandel ist die Außenhandelsstatistik sehr unvollständig (das betrifft auch den österreichischen Handel mit der Ukraine). Statistik Austria und Eurostat liefern stark divergierende Daten.

⁴⁵ Transition Report 2009. Transition in Crisis?, EBRD, London, November 2009.

In Fall Armeniens konzentriert sich die EBRD-Strategie (vom April 2009) auf die Finanzierung lokaler Partnerbanken und Direktinvestitionen.⁴⁶ Außerdem bietet die EBRD auch Consulting-Dienste. In Bereich der Infrastruktur werden insbesondere Energieprojekte unterstützt.

Die Strategie für Aserbaidtschan (aus dem Jahr 2007) zielt auf die Entwicklung des Nicht-Ölsektors, insbesondere von KMUs.⁴⁷ Weiters sollten Aseri-Banken unterstützt werden, insbesondere außerhalb der Hauptstadt Baku. Im Bereich der Infrastruktur wird die EBRD, gemeinsam mit der EU, der EIB und der Regierung, mittelfristig auch große Transit-, Energie-, Abfallwirtschafts- und Umweltprojekte mitfinanzieren.

Die EBRD-Strategie für Georgien stammt bereits aus dem Jahr 2006 und ist daher nicht sehr aussagekräftig.⁴⁸

In der Moldau-Strategie (von September 2007)⁴⁹ beabsichtigt die EBRD weitere Investitionen im Bereich Industrie, ICT, Einzelhandel und Immobilien. Sie wird die lokalen Partnerbanken finanzieren und auch die neuen finanziellen Instrumente anwenden. In Bereich der Infrastruktur werden hauptsächlich Projekte, die eine regionale Integration mit den Nachbarnländern fördern, unterstützt.

Die Türkei trat erst im Oktober 2008 der EBRD bei. Die Strategie für die Türkei stammt vom Juli 2009.⁵⁰ Die Prioritäten für den Zeitraum 2009-2012 sind die Finanzierung von KMUs in den wenig entwickelten Regionen, die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie sowie Energieeffizienz und Privatisierung.

Region Krasnodar

Die Region Krasnodar nimmt hinsichtlich der Bedingungen für Investitionen Platz 5 unter den zehn besten russischen Regionen ein (von insgesamt 83 Regionen).⁵¹ Mit einer Fläche von 75.500 km² und mehr als 5,1 Millionen Einwohnern gehört die Region zu den bevölkerungsreicheren Regionen Russlands (sie hat auch mehr Einwohner als Armenien, Georgien oder Moldau). Die Mehrheit der Bevölkerung (87%) sind Russen. Die drei größten Städte sind Krasnodar (710.000 Einwohner), Sotschi (335.000) und Noworossijsk (230.000). Sotschi, an der Grenze zu Abchasien (offiziell ein Teil Georgien, de facto aber

⁴⁶ <http://www.ebrd.com/about/strategy/country/armenia/index.htm>.

⁴⁷ <http://www.ebrd.com/about/strategy/country/azer/index.htm>.

⁴⁸ <http://www.ebrd.com/about/strategy/country/georgia/index.htm>.

⁴⁹ <http://www.ebrd.com/about/strategy/country/moldova/index.htm>.

⁵⁰ <http://www.ebrd.com/about/strategy/country/turkey/index.htm>.

⁵¹ Zusammen mit Moskau, Sankt Petersburg, Samara, Nischni Nowgorod, Tatarstan, Rostow und Baschkorstan, nach einer Bewertung von Deutsche Bank Research, 18. September 2009.

unabhängig), ist Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2014, Noworossijsk ist ein wichtiger Schwarzmeerhafen für die russischen Ölexporte. Die Entfernung von Moskau beträgt 1540 km.

Die regionale Wirtschaft ist stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt, für die es günstige klimatische Bedingungen gibt (Zuckerrüben, Weintrauben, Sonnenblumen). Auch die Fischerei und der Fremdenverkehr spielen eine relativ bedeutende Rolle. Potential für Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt es in der Lebensmittelindustrie (Zuckerraffinerien, Weinproduktion, Fleisch- und Fischverarbeitung), in der Bauwirtschaft und vor allem im Fremdenverkehr (nicht nur Olympische Winterspiele Sotschi 2014).⁵²

Laut letzten verfügbaren Daten flossen im Jahr 2008 knapp 1,2 Mrd. USD an ausländischen Direktinvestitionen nach Krasnodar, der Großteil davon waren allerdings Kredite (etwa 1,1% der gesamten FDI nach Russland). Die gegenwärtige Krise hat die Region Krasnodar im etwa gleichen Ausmaß wie Russland insgesamt getroffen: im ersten Halbjahr 2009 sank die Industrieproduktion in Krasnodar um 14%, der Wohnungsbau um 13%. Die Reallöhne und der Einzelhandelsumsatz verzeichneten in der gleichen Periode einen leichten Anstieg.

Georgien

Heutzutage hat Georgien (ohne die Teilrepubliken Abchasien und Südossetien, die de facto spätestens seit August 2008 unabhängig sind) etwa 4,4 Millionen Einwohner (bis 2015 wird die Bevölkerung laut World Development Indicators 2008 um etwa 200 th sinken). Bis 1991 war es eine der reichsten Teilrepubliken der Sowjetunion. Nicht zuletzt konnte es damals hohe Profite aus dem Verkauf ihrer Lebensmittel (wie Wein, Trauben, Obst und Zitronen) auf den Märkten der anderen Teile der Sowjetunion erwirtschaften. Der Zusammenbruch der UdSSR und der Ausbruch der regionalen Konflikte um Abchasien und Südossetien Anfang der 90er Jahre hatten gravierende Folgen für die georgische Wirtschaft, die erst 1995 zurück zum Wachstum gefunden hat. Das Ausgangsniveau von der Wirtschaftsleistung wurde allerdings bis heutzutage bei weitem noch nicht erreicht.

Das BIP-Wachstum der letzten Jahre wurde vor allem durch den Dienstleistungssektor (insbesondere Finanzdienstleistungen und Bauwirtschaft) getragen, während sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft hinterblieben. Neben den offiziellen Hilfszahlungen und privaten Transfers aus dem Ausland haben bei dem wirtschaftlichen Aufschwung auch die Zuflüsse der ausländischen Direktinvestitionen eine Rolle gespielt. Die Letzteren flossen insbesondere in die Energieinfrastruktur: die Baku-Tbilisi-Ceyhan (BTC) Ölpipeline

⁵² Detailliertere Daten vgl. www.gks.ru/bgd/regl/B08_14s (in russischer Sprache).

und die Baku-Tbilisi-Erzurum (BTE) Gaspipeline, indem sich Georgien als führendes Transitland für Energieträger aus dem Kaspischen Raum etablierte.

Trotz des sehr niedrigen Pro-Kopf-Einkommens (16% des EU-Durchschnitts im Jahr 2008 – vgl. Tabelle 1) gilt Georgien in vielerlei Hinsicht als Musterreformland. Die Regierung unter Präsident Michail Saakaschwili (im Amt seit 2003) hat eine Reihe radikaler Reformen durchgeführt. So wurde z.B. die Privatisierung vorangetrieben, die Korruption bekämpft (nicht ohne Erfolg) und eine „Flat Tax“ eingeführt, während die Importzölle weitgehend abgeschafft wurden; seit 2000 ist Georgien auch WTO-Mitglied. Zum Teil haben diese Reformen Früchte getragen: hinsichtlich der Korruption beispielsweise rangiert Georgien verglichen mit seinen Nachbarländern und sogar einigen EU-Mitgliedsländern relativ gut (z.B. Bulgarien, Griechenland und Rumänien – vgl. Ranking von Transparency International). Auf der anderen Seite hatte die dramatische Verschlechterung der Beziehungen zu Russland die russischen Sanktionen gegen georgische Exportgüter (wie Mineralwasser und Wein) zur Folge. Dies war mit ein Grund für die hohen Leistungsbilanzdefizite, die Georgien in den letzten Jahren verzeichnete (Tabelle 2).

Die jüngste Finanzkrise im Zusammenspiel mit dem Militärkonflikt mit Russland um Südossetien im August 2008 hat sich negativ auf die georgische Wirtschaft ausgewirkt. Abgesehen von den unmittelbaren Kosten der kriegsbedingten Zerstörungen (geschätzt auf rund 1 Milliarde US-Dollar), wurde das Land von den Investmentrating-Agenturen zurückgestuft, da die politische Instabilität anstieg. Als Ergebnis sind vor allem die Investitionen (aber auch die privaten Transfers von den in Russland arbeitenden Georgiern) stark zurückgegangen, und das Land war auf ein IWF-Unterstützungspaket in Höhe von rund 740 Millionen US-Dollar angewiesen. Trotz der 17%-igen Abwertung des Lari im November 2008 sorgte der Einbruch der heimischen Nachfrage für eine Deflation über weite Strecken dieses Jahres. Gleichzeitig stieg der Anteil der faulen Kredite laut EBRD bis August 2009 auf 18% der Gesamtkreditsumme an. Da sich jedoch der georgische Bankensektor fast vollständig (zu 90%) in ausländischem Besitz befindet, blieb die Finanzstabilität bislang weitgehend erhalten.

Um ausländische Investitionen anzulocken, hat die Regierung jüngst zwei Sonderwirtschaftszonen (SWZ) gegründet.⁵³ Außerdem plant sie, durch gezielte Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu steigern und somit das Exportpotential des Landes zu fördern. Grundsätzlich verfügt Georgien angesichts seiner Naturgegebenheiten über ein beträchtliches Tourismuspotential, dessen Nutzung jedoch große Investitionen und vor allem die Lösung der regionalen Konflikte und eine

⁵³ Eine SWZ ist der Meereshafen von Poti und die umliegende Fläche, die von Ras Al Khaimah (Vereinigte Arabische Emirate) gekauft wurden. Die zweite SWZ entsteht in Kutaisi, wo ein Joint-Venture mit Beteiligung von Fresh Electric Co. (Ägypten) den Bau von zwölf Fabriken plant.

Normalisierung der Beziehungen mit Russland voraussetzt. Für das Jahr 2010 wird nur ein schwaches BIP-Wachstum (von etwa 2%) erwartet (Tabelle 2).

Armenien

Die Wirtschaft des sehr kleinen und geographisch isolierten Landes Armenien (etwa 3 Millionen Einwohner, Tendenz leicht sinkend, nicht direkt am Schwarzen Meer gelegen) wurde durch den Zusammenbruch der UdSSR und vor allem durch der Konflikt mit Aserbaidschan um die umstrittene Provinz Berg-Karabach stark getroffen. Seit 1994 verzeichnete jedoch die Wirtschaft ein stetiges Wachstum, dessen Früchte auch der breiten Bevölkerung zu Gute kamen: der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze sank von 56% 1999 auf nur 23,5% 2008. Vor allem die Bauwirtschaft expandierte kräftig (um bis zu 30% pro Jahr) und diente als Wachstumslokomotive für die gesamte Wirtschaft. Dazu waren nicht zuletzt auch die Steuerbegünstigungen des Bausektors mitverantwortlich.

Auch nach 15 Jahren beeindruckenden Wachstums liegt Armenien in seinem BIP pro Kopf zu KKP bei unter 20% des EU-Durchschnitts. Trotz des sehr niedrigen Pro-Kopf-Einkommens ist Armenien (ähnlich wie Georgien) jedoch kein „klassisches“ Entwicklungsland: der Anteil der Landwirtschaft am BIP (17%) ist nicht sonderlich hoch, wenn auch der höchste unter den Schwarzmeerländern. Außerdem leidet die armenische Landwirtschaft unter dem chronischen Wassermangel. Das Land ist stark von den Energieimporten abhängig; die Ausweitung seiner Handels- und Leistungsbilanzdefizite in den letzten Jahren (siehe Tabelle 2) spiegelt nicht zuletzt die Gaspreisanhebungen durch den russischen Gazprom wider.

Armenien wurde neben der Ukraine am härtesten unter den Schwarzmeerländern von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise getroffen, das BIP wird 2009 um mehr als 15% schrumpfen. Die privaten Transfers von den in Russland arbeitenden Armeniern, die in den Jahren zuvor ca. 80% der gesamten privaten Transfers nach Armenien ausmachten und die Hauptfinanzierungsquelle für die boomende armenische Bauwirtschaft darstellten, sind stark zurückgegangen. Auch die weltweite Konjunkturflaute für Metalle – eines der wichtigsten Exportgüter Armeniens (v.a. Kupfer und Molybdän) – hat eine Rolle gespielt. Andererseits wird das Darlehen von 500 Millionen US-Dollar, das Armenien Anfang 2009 von Russland erhalten hat, primär für die Wohnungsbauzwecke in den Erdbebengebieten (z.B. Spitak) verwendet.⁵⁴ Das Land hat auch ein Hilfspaket vom IWF im Wert von 830 Mio. US-Dollar bekommen; die negativen Auswirkungen der 22%-igen Währungsabwertung im März 2009 auf die Wirtschaft waren angesichts der geringen Größe des Bankensystems

⁵⁴ Vor mehr als 20 Jahren (1988) wurden mehrere Gebiete Armeniens von einem starken Erdbeben zerstört, bei dem 40 Tausend Menschen ums Leben kamen.

begrenzt. Der Anteil der notleidenden Kredite betrug im Juni 2009 laut Schätzungen von EBRD etwa 10%.

Wirtschaftlich bleibt Armenien sehr verschlossen: trotz der geringen Größe des Landes und der WTO-Mitgliedschaft macht das Außenhandelsvolumen lediglich 40% des BIP aus (davon Exporte weniger als 10%). Dies ist vor allem der andauernden Blockade seiner Grenzen von Seiten Aserbaidschans und der Türkei zuzuschreiben, die seinerseits politisch motiviert ist. Auch der jüngst entstandene „Energiekorridor“ zwischen dem Kaspischen Raum und der Schwarzmeerregion (die BTC Ölpipeline und die BTE Gaspipeline) verläuft abseits von Armenien. Außerdem erfordert der Warenaustausch Armeniens mit Russland einen Transit über das georgische Territorium und ist somit durch die ungelösten regionalen Konflikte in Georgien beeinträchtigt. Die Kosten davon sind erheblich und manifestieren sich einerseits in fehlenden Exportmöglichkeiten für armenische Betriebe und andererseits in höheren Ausgaben für die Beförderung über alternative Transportwege, die u.a. höhere Preise für importierte Güter zur Folge haben.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Armenien versucht, seinen Handel regional zu diversifizieren und seine Infrastruktur in alternative Richtungen auszubauen, vor allem in Richtung Iran. So wurde im Mai 2009 die iranisch-armenische Gaspipeline in Betrieb genommen. Im Gegenzug für Gasimporte aus dem Iran wird geplant, den in Armenien generierten Strom in den Iran zu exportieren. Die jüngste Wiederaufnahme der politischen Beziehungen mit der Türkei könnte ebenfalls einen wesentlichen Schub für den regionalen Handel geben.

Aserbaidschan

Die Wirtschaft Aserbaidschans (8,7 Millionen Einwohner, laut World Development Indicators 2008 bis 2015 über 9.2 Mio. Einwohner) ist vom Energiesektor klar dominiert: die Erdöl- und Erdgasproduktion macht etwa 60% des BIP aus. 85% des aserbaidischen Erdöls wird exportiert, und seit 2007 ist das Land auch Nettoexporteur von Erdgas geworden. Die Inbetriebnahme neuer (vor allem Offshore-) Erdöl- und Erdgasfelder folgte der Unterzeichnung der Produktionsteilungsabkommen zwischen Aserbaidschan und ausländischen Energieunternehmen,⁵⁵ während die Exporte neuer Produktionsvolumen durch die neugebaute Infrastruktur ermöglicht wurden, insbesondere durch die 2006 in Betrieb genommene BTC Ölpipeline und die 2007 in Betrieb genommene BTE Gaspipeline.

⁵⁵ Die Energieproduktion und -exporte sind von der Aserbaidschan International Operating Company (AIOC) dominiert, die ein Konsortium von British Petroleum, Chevron, Devon Energy, StatoilHydro, Türkiye Petrolleri, Amerada Hess, ExxonMobil, Inpex, Itochu und SOCAR (das aserbaidische staatliche Energieunternehmen) darstellt.

Die rasante Ausweitung der Energieproduktion sorgte für ein außerordentlich hohes BIP-Wachstum in den letzten Jahren. Das Letztere überstieg 2005 und 2007 die 20%-ige Marke und 2006 sogar die 30%-ige Marke. Der resultierende Anstieg der Staatseinnahmen hat ermöglicht, die soziale Lage der Bevölkerung durch höhere Transfers zu verbessern, wenn auch nicht ohne inflationäre Folgen. Als Ergebnis ist die Armut stark gesunken und ist mit 16% (2007 laut offiziellen Schätzungen) wesentlich niedriger als etwa in den Nachbarländern Armenien und Georgien, das wirtschaftliche Entwicklungsniveau (reales BIP pro Kopf) ist allerdings noch immer niedriger als in der Türkei.

Im Unterschied zu den anderen Schwarzmeerländern wird Aserbaidschan auch 2009 eine deutlich positive (wenn auch einstellige) Wachstumsrate verzeichnen. Dazu trägt nicht zuletzt die expansive Fiskalpolitik der Regierung bei, die durch höhere Sozialausgaben und Infrastrukturinvestitionen versucht, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Grenzen zu halten. Diese Ausgabensteigerung wird im Wesentlichen dadurch ermöglicht, dass die Regierung auf die in den Jahren des Wirtschaftsbooms akkumulierten Reserven (gehalten u.a. im 1999 gegründeten Ölfonds) zurückgreifen kann.⁵⁶ Auch der Wechselkurs konnte bislang trotz dramatisch gesunkener Exporteinnahmen stabil gehalten werden. Eine positive Rolle haben auch die relative Unabhängigkeit Aserbaidschans von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland und die generell beschränkte Integration des Landes ins internationale Finanzsystem gespielt.

Trotz dieser Erfolge birgt die einseitige Spezialisierung des Landes auf Energie langfristige Wachstumsrisiken (Stichwort „Dutch Disease“) und wirft die Frage nach einer Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur auf. Eine andere Herausforderung besteht darin, das sehr hohe Korruptionsniveau zu bekämpfen: laut Transparency International liegt Aserbaidschan in puncto Korruption auf Platz 143 (von 180 Ländern).⁵⁷ Der positive Effekt der jüngsten staatlichen Investitionen in die Infrastruktur wurde durch die ineffiziente Verwaltung und mangelnde Transparenz bei der Auftragsvergabe gemindert. Schließlich leidet die Entwicklung des Nicht-Energie-Sektors an bürokratischen Hürden und einer hohen Monopolisierung. Die Lage dürfte sich jedoch zumindest teilweise durch die Anpassung der heimischen Gesetzgebung im Zuge der Vorbereitungen auf einen WTO-Beitritt sowie durch die Teilnahme an EU Eastern Partnership-Programmen schrittweise verbessern.

⁵⁶ Vor dem Ausbruch der Krise im Herbst 2008 verfügte der aserbaidschanische Staat über etwa 16 Milliarden US-Dollar (rund 50% des BIP) in Form von Devisenreserven und Aktiva des staatlichen Ölfonds.

⁵⁷ Außerdem bleibt das Land auch 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR eine (post)kommunistische Diktatur, die vom Aliew-Klan beherrscht wird.

Ukraine

Mit 46 Millionen Einwohnern (Tendenz sinkend: laut World Development Indicators 2008 bis 2015 auf 43.4 Mio) ist die Ukraine das drittgrößte Land der Schwarzmeerregion hinter Russland und der Türkei. Der Abstand zu den beiden letzteren Ländern, was die Wirtschaftsleistung betrifft, ist jedoch wesentlich größer als der Unterschied in der Bevölkerungszahl (Tabelle 1). Beim BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten liegt die Ukraine beispielsweise bei weniger als 50% des Niveaus Russlands und knapp unter 25% des EU-Durchschnittes.

Der Abstand im BIP pro Kopf zur EU (aber auch zu den meisten anderen Ländern der Schwarzmeerregion) dürfte sich weiter vergrößern, weil die Ukraine sehr hart von der jüngsten Wirtschaftskrise getroffen wurde. Dies ist zum Teil auf die Exportspezialisierung des Landes auf Stahl zurückzuführen: die Weltmarktpreise für Stahl sind in der zweiten Hälfte von 2008 um bis zu 80% gesunken. Andererseits war die Ukraine in den Jahren vor der Krise zunehmend von den Kapitalzuflüssen aus dem Ausland abhängig, nicht zuletzt wegen der steigenden Präsenz ausländischer Banken, darunter an prominenter Stelle auch Banken aus Österreich.⁵⁸ Diese Liquidität steht angesichts der globalen Kapitalverknappung im Zuge der Krise und der Risikoneubewertung seitens der internationalen Finanzinvestoren nicht mehr in dem Ausmaß zur Verfügung wie in den Jahren zuvor. Auch der Anteil fauler Kredite in der Ukraine (etwa 30% Mitte 2009 laut IMF-Schätzung) ist extrem hoch, nicht zuletzt weil mehr als 50% aller aushaftenden Kredite in US-Dollar denominated sind, dessen Wechselkurs zur ukrainischen Hryvnia um rund 60% aufgewertet hat. Die IWF-Unterstützung im Wert von 16,4 Milliarden US-Dollar hat zwar einen großen Beitrag zu der Stabilisierung der Lage geleistet, die Auszahlung der vierten Tranche des Kredits wurde allerdings wegen der Nichteinhaltung der Bedingungen seitens der Ukraine im Herbst 2009 verschoben.

Trotz aller Schwierigkeiten sind die mittel- und langfristigen Perspektiven für ausländische Investoren vielversprechend. Das Land bietet eine Kombination der räumlichen Nähe zu den EU-Märkten und der billigen und hochqualifizierten Arbeitskraft, und verfügt über ein beträchtliches Industriepotential und einen extrem fruchtbaren Boden.⁵⁹ Korruption und rechtliche Unsicherheit sind jedoch gravierende Nachteile: laut dem Index von Transparency International schneidet die Ukraine hinsichtlich des Korruptionsniveaus besonders schlecht ab. Außerdem müsste die sehr hohe Energieintensität, die vor allem durch die Verwendung der alten sowjetischen Technologien bedingt ist, gesenkt werden, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Industrie zu gewährleisten.

⁵⁸ Die größten österreichischen Banken in der Ukraine sind Raiffeisen Aval und Erste. Auch der Markteintritt der italienischen Unicredit Bank wurde durch die österreichische Tochter Bank Austria abgewickelt.

⁵⁹ Es gibt allerdings nach wie vor keinen funktionierenden Markt für landwirtschaftlichen Boden in der Ukraine; das entsprechende Moratorium wurde bislang vom Parlament jedes Jahr jeweils um ein Jahr verlängert.

Schließlich ist das Land politisch instabil, was nicht zuletzt auf die bestehende sprachliche und kulturelle Spaltung in zwei vergleichbar große Landesteile zurückzuführen ist. Dem ukrainischsprachigen und vor allem durch die Landwirtschaft geprägten Westen steht der vorwiegend russischsprachige und stark industrialisierte Osten gegenüber.⁶⁰ Außerdem bleibt die Ukraine in vielerlei Hinsicht Opfer der problemgeladenen Beziehungen zwischen der EU und Russland. So müsste z.B. eine mögliche – und derzeit verhandelte – Freihandelszone zwischen der Ukraine und der EU fast zwangsläufig eine Lösung für das Handelsregime zwischen der EU und Russland vorsehen, weil die Ukraine für viele Warengruppen einen freien Handel mit Russland unterhält (Russland bleibt auch bei weitem der wichtigste Handelspartner sowohl für die ukrainischen Exporte als auch Importe).⁶¹ Angesichts der derzeitigen EU-Haltung erscheint jedoch die Bildung einer Freihandelszone mit der Ukraine derzeit realistischer als mit Russland, weil die Ukraine – im Gegensatz zu Russland – seit 2008 WTO-Mitglied ist.

Moldau

Moldau ist ein kleines und wirtschaftlich am wenigsten entwickeltes Land in der Schwarzmeerregion. Es hat eine Fläche von 34.000 km² und etwa 3,6 Millionen Einwohner mit einem Durchschnittseinkommen von 1200 Euro (2008, berechnet mittels Wechselkurs, 2400 Euro zu KKP – vgl. Tabelle 1). Angesichts des niedrigen Lebensstandards und unzureichender Beschäftigungsmöglichkeiten ist die Migrationsrate sehr hoch. Etwa eine Drittel der Bürger lebt und arbeitet im Ausland und das macht das Land abhängig von ihren Geldüberweisungen. Die Abwanderung zahlreicher arbeitsfähigen Bürger hat auch zu Verzerrungen des lokalen Arbeitsmarktes geführt und in einigen Beschäftigungsbereichen eine Verknappung des Angebotes bewirkt. Fast alle Bürger des Landes sprechen zumindest zwei Sprachen, eine lateinische (rumänisch) und eine slawische (russisch).

Wirtschaftswachstum, Inflationsrate und Wechselkurs waren in den letzten Jahren erheblichen Schwankungen unterworfen, aber die Wirtschaftslage hat sich nach 2001 bis zum Ausbruch der internationalen Finanzkrise deutlich verbessert. Wer unternehmerisch tätig sein will, ist mit weniger Hindernissen konfrontiert als in den Neuzigerjahren, aber Investitionen in Moldau werden weiterhin als riskanter eingeschätzt als etwa in Mittel- oder Südosteuropa. In vieler Hinsicht hat das Land mehr Ähnlichkeiten mit GUS-Ländern als mit den neuen EU-Mitgliedsländern oder selbst den Ländern Südosteuropas.

In der zweiten Hälfte der letzten Dekade hat der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen stark zugenommen und zusammen mit den Geldüberweisungen der

⁶⁰ Obwohl ethnische Russen nur etwa 20% der Bevölkerung ausmachen, betrachtet mehr als die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung Russisch für ihre Muttersprache.

⁶¹ Etwa 23% der Exporte und Importe werden mit Russland gehandelt (Jahr 2008).

Migranten einen Bau- und Konsumboom provoziert. Die globale Rezession ließ nicht nur die Exporte des Landes stark sinken, sondern auch die Überweisungen aus dem Ausland sind deutlich zurückgegangen. Dies führte in 2009 zu einem Rückgang des BIP um etwa 6%.

Eine Dauerbelastung für die Wirtschaftsentwicklung geht vom Transnistrienkonflikt aus. Der Ostteil des Landes, der sich den Namen Transnistrien verliehen hat und wo sich der Großteil der Industrie befindet, unterhält seine eigene Rechtssprechung sowie sein eigenes Steuer- und Zollregime. Seine wirtschaftlichen Aktivitäten sind in den offiziellen Statistiken Moldaus nicht berücksichtigt. Die Beziehungen zwischen den beiden Landesteilen sind derzeit eher entspannt, die Grenze ist weitgehend offen und weder für Menschen noch für den Warenverkehr (Schmuggel) eine besondere Barriere.

Die strukturellen und institutionellen Schwächen des Landes sind weitere Problempunkte. Die Parlamentswahlen im April 2009 gaben der nichtkommunistischen Opposition eine Mehrheit, die aber nicht ausreichte, im Parlament die erforderliche Quote von 60% der Stimmen für die Wahl eines neuen Präsidenten zu erreichen. Es mussten neue Parlamentswahlen im Juli 2009 ausgeschrieben werden. Auch sie führten zu keiner Lösung der verfahrenen Situation. Der frühere kommunistische Präsident resignierte im September 2009, und ein Interimspräsident übernahm seine Agenda. Im Herbst 2010 muss erneut gewählt werden. Die seit Herbst 2009 regierende Koalition der nichtkommunistischen Kräfte ist bemüht die Beziehungen zur EU und zu Rumänien zu verbessern.

Moldau ist seit 2001 WTO-Mitglied und strebt einen EU-Beitritt an. Aus Sicht der EU ist Moldau seit 2005 Partner im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die keine Beitrittsperspektive eröffnet. Die strategische Bedeutung des Landes hat sich durch die EU-Mitgliedschaft Rumäniens in 2007 dadurch erhöht, dass es unmittelbarer EU-Nachbar geworden ist. Gleichzeitig trat ein neues Visaregime inkraft, das es den Moldauern schwerer macht, wirtschaftliche und persönliche Kontakte mit Rumänien zu unterhalten (einige Hunderttausende Moldauern sind in Besitz der rumänischen Staatsbürgerschaft).

Der gemeinsame Aktionsplan von EU und Moldau definiert gemeinsame langfristige Ziele auf der Basis der Grundwerte, denen sich beide Seiten verpflichtet fühlen, sowie auch von Reformen politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Natur, deren Verwirklichung angestrebt wird. Seit 2008 regelt den Handel zwischen der EU und Moldau ein Präferenzabkommen. Im beiderseitigen Handel wurde ein asymmetrisches Regime etabliert, das Produkten aus Moldau zollfreien Zugang zu EU-Märkten gewährt. Ein Freihandelsabkommen ist in Aussicht gestellt, aber vorerst hat die EU eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. In seinem Treffen vom 19. Dezember 2009 in Brüssel bestätigte das EU-Moldova Co-operation Council, dass sich beide Seiten

weiterhin bemühen werden, Moldau näher an die EU heranzuführen. Beide werden auch weiterhin das Ziel eines umfassenden Freihandelsabkommens verfolgen. Gemeinsam mit den Ländern des westlichen Balkans ist Moldau seit 2007 Signatarstaat der CEFTA (Central European Free Trade Agreement). Auch mit der GUS unterhält Moldau ein Freihandelsabkommen, und sieht eine Chance, sich dank dieser Abkommen zu einer Drehscheibe des Ost-Westhandels zu entwickeln.

Türkei

Die Türkei hat derzeit knapp 75 Millionen Einwohner (WDI 2008-Schätzung für 2015: 81 Mio. Einwohner), ein Territorium von 774,8 Tausend qkm und eine Schwarzmeerküste in der Länge von etwa 1300 km. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt EUR 6700 in Wechselkursen und EUR 10900 in Kaufkraftparitäten gerechnet (2008). Die Wirtschaftsleistung wird zum weitaus überwiegenden Teil im Westen des Landes produziert, d.h. westlich der Hauptstadt Ankara. Die Bevölkerung wuchs in den letzten Jahren jährlich um fast eine Million. Dieses Wachstum wird in den kommenden Jahren abnehmen und – mit dem steigenden Wohlstand - in wenigen Jahrzehnten zum Stillstand kommen wird.

Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte war durch den Wechsel zwischen Phasen hoher Dynamik und schweren Krisen gekennzeichnet. Die Industrie des Landes war vom Staat aufgebaut worden und wurde in der Folge vom Staat verwaltet, und sie war nicht fähig, auf internationalen Märkten Exporterlöse zu erzielen, die ausgereicht hätten, die Importe zu finanzieren. Gleichzeitig tendierten die Regierungen dazu, mehr auszugeben, als sie über die Steuern einnahmen. Immer wieder kam es zu Phasen hoher Inflation sowie auch des Verlustes der Währungsstabilität. Interventionen wie etwa Preiskontrollen, Handelsbarrieren und Kapitalverkehrskontrollen schufen keine dauerhafte Abhilfe. Angesichts der wiederkehrenden Krisen sahen sich die Regierungen gezwungen, die Wirtschaftspolitik neu auszurichten. Die Türkei ging 1995 eine Zollunion mit der Europäischen Union ein. Auf Drängen des IWF ist der Kapitalverkehr weitgehend liberalisiert. Nach der Krise des Jahres 2001, die vom Bankensektor ausging, wurde letzterer saniert und reformiert. Gleichzeitig wurde der Widerstand gegen die Privatisierung aufgegeben, und ein großer Teil der Unternehmen auch im Finanzsektor ist inzwischen privatisiert. Vielfach sind die neuen Eigentümer aus einer Kooperation ausländischer Investoren und großer einheimischer Agglomerate entstanden. Letztere, etwas mehr als ein Dutzend an der Zahl, hatten sich in den letzten Jahrzehnten aus kleineren Unternehmen entwickelt, die in ihrem Kernbereich sehr erfolgreich waren und ihre Aktivitäten in der Folge auf eine Vielzahl von Bereichen ausdehnten. In Teilbereichen waren sie bereits in vergangenen Jahrzehnten Joint Ventures mit ausländischen Partnern eingegangen. Das hat es ihnen auch erleichtert, international aktiv zu werden – anfangs als Exporteure, später auch als Direktinvestoren.

Etwa die Hälfte der türkischen Exporte geht in die EU. Sie sind seit 1995 stark gewachsen. Noch schneller allerdings wuchsen in den letzten zehn Jahren die Exporte in Länder außerhalb der EU: Länder der ehemaligen Sowjetunion, des Nahen Ostens sowie Afrika. Dazu trug eine Politik der Öffnung gegenüber diesen Ländern bei, die von den Regierungen unter Premier Erdogan forciert wird. Premier Erdogan hatte ursprünglich als Ziel proklamiert, die EU-Mitgliedschaft der Türkei innerhalb weniger Jahre durchzusetzen. Der Vertrag von Ankara, ein Assoziationsabkommen mit dem Ziel einer Zollunion und einer eventuellen Mitgliedschaft war schon 1963 unterzeichnet worden. 1987 hatte die Türkei den Beitragsantrag gestellt. Seit Dezember 1999 hat die Türkei Kandidatenstatus, und seit Oktober 2005 laufen Beitrittsverhandlungen, die allerdings im Dezember 2006 in acht der 35 Verhandlungskapitel ausgesetzt wurden. Die Perspektive eines raschen EU-Beitrittes ist verfliegen und eröffnet der Regierung kaum mehr Chancen, daraus politisches Kapital zu schlagen. Sie tritt in dieser Hinsicht nunmehr leiser. Ohne die Perspektive eines EU-Beitritts aufzugeben, ist sie nunmehr emsig bemüht, alte Barrieren zu Ländern, die nicht EU-Mitglied sind, abzubauen und die Wirtschaftsbeziehungen zu ihnen zu intensivieren.

Die Türkei hat eine lange Tradition als Produzent im Textil- und Bekleidungsbereich, und diese Warengruppe hat traditionell den größten Anteil an den Exporterlösen. Seit der Liberalisierung des internationalen Textilhandels im Rahmen der WTO ist ihr Anteil deutlich gesunken. Die Türkei spezialisiert ihren Außenhandel immer stärker auf technische Geräte (Fahrzeuge, Maschinen). Produkte der Landwirtschaft – die von der Zollunion mit der EU ausgenommen sind – und der Nahrungsmittelindustrie sind ebenfalls wichtige Exportgüter (siehe Anhang Tabelle 4 für die Struktur des Außenhandels mit der EU).

Nachdem sich Bulgarien, Rumänien, Österreich, die Türkei und Ungarn Mitte Juli 2009 auf den Bau der Nabucco-Gasleitung geeinigt haben, erörtert die Türkei auch mit Russland eine engere Zusammenarbeit im Energiebereich. Die Türkei hat der South Stream-Gasleitung, die Gas durch türkische Hoheitsgewässer von Russland über Bulgarien nach Italien befördern soll, bereits ihre Zustimmung erteilt. Bluestream 2 könnte Erdgas von Russland über die Türkei nach Israel, Libanon, Syrien und eventuell auch Zypern leiten, und eine Ölleitung könnte Russland mit dem türkischen Hafen Ceyhan verbinden. Ein russisch-türkisches Konsortium könnte den Zuschlag für den Bau eines türkischen Atomkraftwerkes erhalten. Im Energiebereich spielt die Türkei speziell für die EU eine immer wichtigere Rolle.

Die internationale Wirtschaftskrise hatte 2009 auch auf Teile der türkischen Wirtschaft starke negative Auswirkungen. Insbesondere gilt das für die Fahrzeug- und Maschinenbauindustrie sowie auch für die Bauwirtschaft, die ebenfalls international tätig ist. Der Rückgang der Exporte wurde im ersten Halbjahr 2009 vom Importrückgang noch

übertroffen, und das Defizit in der Handelsbilanz ging massiv zurück. Andere Wirtschaftsbereiche hielten sich verhältnismäßig gut. Dazu zählt der Finanzsektor ebenso wie der Tourismus. Die Regierung glaubte selbst nach dem Oktober 2008 noch längere Zeit an die Krisenresistenz der eigenen Wirtschaft und zeigte demonstrativ wenig Interesse an einem Abkommen mit dem IWF. Erst später schnürte sie Pakete, um das Ausmaß der Krise in Grenzen zu halten. Der Abbau der Staatsschulden, der in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hatte, wird einen Rückschlag erleiden, da das Budgetdefizit 2009 und 2010 über 5% liegen wird. Ein positiver Effekt der Krise war die drastische Verringerung der Inflation. Sie erlaubte es der Nationalbank, ihre Zinssätze sukzessive zu verringern und die Attraktivität des Landes für spekulatives Geld zu verringern. Die türkische Lira wertete in den ersten Krisenmonaten gegenüber dem Euro und Dollar ab. Anschließend stabilisierte sich der Wechselkurs auf neuem Niveau, das für die Exportwirtschaft günstig war, und die Nationalbank dürfte gewillt sein, Aufwertungstendenzen so gering wie möglich zu halten.

Anhang

Tabelle 1

Schwarzmeerregion: Überblick der wichtigsten Kennzahlen, Jahr 2008

	Region									NMS-10	EU-15	EU-27
	Armenien	Aserbaidshan	Georgien	Moldau	Türkei	Russland	Krasnodar*	Ukraine				
BIP in EUR zu laufenden Wechselkursen (WK), Mrd. EUR	8.10	31.41	8.71	4.11	498.32	1143.93	26.40	123.23	960.4	11523.4	12506.1	
BIP in EUR zu KKP, Mrd. EUR	14.9	62	17.2	8.5	814.8	1863.8	43.3	277.6	1491.8	10987.7	12506.1	
BIP in EUR zu KKP, EU-27=100	0.1	0.5	0.1	0.1	6.5	14.9	0.3	2.2	11.9	87.9	100.0	
BIP in EUR zu KKP, pro Kopf	4600	7140	3920	2380	10900	13100	8450	6000	16100	27800	25100	
BIP in EUR zu KKP, pro Kopf, EU-27=100	18	28	16	9	43	52	34	24	64	111	100	
BIP zu konstanten Preisen, 1990=100	150	180	60	60	202.6	111.3	110	74.0	163.6	143.8	146.3	
BIP zu konstanten Preisen, 2000=100	245.0	351.0	179.0	163.0	141.5	165.6	153.7	171.3	145.5	115.5	118.5	
Industrieproduktion real, 1990=100					220.2	86.5	.	107.7	170.7	124.3	130.3	
Industrieproduktion real, 2000=100	158.0	293.0	.	161.0	141.5	151.3	188.0	186.3	159.6	106.3	112.4	
Bevölkerung - Tausend Pers., Durchschnitt	3234	8680	4383.5	3570.5	74414	141956	5122	46258	102118	395294	498635	
Erwerbstätige - LFS, Tausend Pers., Durchschnitt	1120	4056	1704	1251.0	21194	70965	2237	20972	44142	177077	221763	
Arbeitslosenquote - LFS, in %	6.3	1.0	13.3	4.0	11.0	6.3	6.5	6.4	7.7	7.1	7.0	
Staatshaushaltseinnahmen, in % des BIP	21.5	28.4	28.9	40.6	18.2	38.4	11.5	31.3	38.9	45.0	44.5	
Staatshaushaltsausgaben, in % des BIP	22.2	28.4	29.1	41.5	20.4	33.6	11.3	32.8	42.2	47.2	46.8	
Preisniveau, EU-27=100 (KKP/WK)	54	51	51	48	61	61	61	44	64	105	100	
Brutto-Monatsgehälter, Durchschnitt, in EUR	202.8	226.5	246.5	165.4	834	473	380	234	1083	3311	2842	
Brutto-Monatsgehälter, Durchschnitt, EU-27=100	7.1	8.0	8.7	5.8	29.3	16.6	13.4	8.2	38.1	116.5	100.0	
Güterexporte in % des BIP	9.3	66.1	19.0	27.2	19.2	28.1	10.0	37.6	45.7	30.1	31.3	
Güterimporte in % des BIP	31.7	16.4	48.9	80.5	26.3	17.4	7.8	46.5	51.2	30.9	32.5	
Dienstleistungsexporte in % des BIP	5.4	3.3	9.8	14.1	4.8	3.1	.	9.9	9.2	9.7	9.7	
Dienstleistungsimporte in % des BIP	8.2	8.4	9.7	13.6	2.4	4.6	.	9.0	7.8	8.4	8.4	
Leistungsbilanz in % des BIP	-11.6	35.6	-22.8	-16.7	-5.6	6.1	.	-7.1	-7.6	-0.4	-1.0	
ADI Bestand pro Kopf in EUR	700	300	1100	500	730	1067	.	721	4100	.	.	

*Telweise Schätzungen auf Grund von Daten aus dem Jahr 2007.

Bemerkung: NMS-10: Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien. KKP: Kaufkraftparität – wiw-Schätzung.

Quelle: wiw, AMECO, Eurostat, EBRD, Rosstat und CISSTAT; wiw-Schätzung.

Tabelle 2

Wirtschaftslage in der Schwarzmeerregion 2005-2008 und wiw-Prognose 2009-2010

	Brutto-Inlandsprodukt Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %						Verbraucherpreise Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %						Arbeitslosenquote, LFS ¹⁾ in %, Jahresdurchschnitt						Leistungsbilanz in % des BIP					
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Prognose						Prognose						Prognose						Prognose					
Armenien	13.9	13.2	13.7	6.8	-15	1	0.6	2.9	4.4	9	4	4	7.6	7.4	7.1	6.3	.	.	-3.9	-1.8	-6.4	-11.6	-7.4	-8.0
Aserbaidtschan	26.4	34.5	25	10.8	3.5	3	9.6	8.3	16.7	20.8	5	7	1.4	1.3	1.2	1.0	.	.	1.3	18.7	28.8	35.6	11.0	15.0
Georgien	9.6	9.4	12.3	2.1	-5	2	8.2	9.2	9.2	10.0	3	4	13.8	13.6	13.3	.	.	-11.1	-15.1	-19.8	-22.8	-13.0	-13.0	
Moldau	7.5	4.8	3.0	7.2	-6	2	11.9	12.7	12.3	12.7	3	5	7.3	7.4	5.1	4.0	.	.	-7.6	-11.1	-15.8	-16.7	-8.0	-10.0
Türkei	8.4	6.9	4.7	0.9	-7	1	8.2	9.6	8.8	10.4	6	5	10.3	9.9	10.3	11	16	17	-4.6	-6.1	-5.9	-5.6	-2.1	-2.5
Russland	6.4	7.7	8.1	5.6	-8	3.8	12.5	9.8	9.1	14.1	11.8	7	7.2	7.2	6.1	6.3	8.5	9.3	11.1	9.6	5.9	6.1	3.1	2.4
Ukraine	2.7	7.3	7.9	2.1	-13.5	1.5	13.5	9.1	12.8	25.2	16	12	7.2	6.8	6.5	6.4	9.5	9	2.9	-1.5	-3.7	-7.1	-0.8	0.4
NMS-10 ²⁾	4.8	6.7	6.4	4.1	-4.0	0.1	3.6	3.2	4.2	6.3	3.3	2.5	9.7	10	7.7	6.5	9.2	10	-4.6	-5.7	-7.7	-7.6	-2.2	-2.8
EU-15 ²⁾	1.8	3	2.6	0.6	-4.0	-0.1	2.1	2.2	8.1	7.7	7.0	7.1	9.5	11.1	0.2	0.1	0.1	-0.4	.	.
EU-27 ²⁾	2	3.2	3.0	1.0	-4.0	-0.1	2.3	2.3	2.3	3.7	0.7	1.3	8.9	8.2	7.1	7.0	9.4	10.9	-0.1	-0.3	-0.4	-1.0	-1.9	-2.0

Bemerkung: NMS-10: Neue EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien).

1) LFS - Labour-Force-Konzept. Armenien und Aserbaidtschan: Registrierte Arbeitslosenquote der Stadtbevölkerung, Jahresende. - 2) wiw-Schätzung.

Quellen: IMF, EBRD, Eurostat und nationale Statistiken. Prognosen: wiw, Europäische Kommission (Autumn Report, November 2009) für EU-15 und EU-27.

Tabelle 3

Struktur des BIP, Jahr 2008, in %

	Armenien	Aserbaidschan	Georgien	Moldau	Türkei	Russland	Region Krasnodar*)	Ukraine
Land- und Forstwirtschaft	17.4	6.1	12.9	10.5	8.3	4.7	14.3	7.4
Fischerei und Fischzucht	0.1	0.1	.	0.04	0.2	0.2	0.1	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2.0	56.1	0.8	0.6	1.6	9.2	0.6	5.8
Sachgütererzeugung	9.1	4.5	9.4	13.7	18.0	17.5	12.2	20.8
Energie- und Wasserversorgung	3.3	0.8	2.5	2.8	2.4	3.0	2.5	3.4
Bauwesen	29.7	8.1	6.0	5.9	5.2	6.5	10.3	4.0
Handel; Instandhaltung und Rep. v. KFZ u. Gebrauchsgütern	12.2	5.7	15.8	15.5	13.6	20.7	17.9	15.1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	0.5	0.8	2.4	1.7	2.5	1.0	2.7	0.0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7.4	7.4	11.4	14.4	15.8	9.4	18.0	10.6
Kredit- und Versicherungswesen	3.4	1.8	2.4	7.4	3.9	4.7	0.1	6.8
Realitätswesen, Vermietung bewegl. Sachen,								
Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen	4.5	2.0	6.5	8.5	4.8	11.0	7.1	9.0
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	2.9	1.4	17.0	4.5	4.3	4.9	5.2	5.2
Unterrichtswesen	3.1	2.8	3.9	6.5	3.3	2.6	2.9	5.5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2.8	1.0	4.6	4.5	1.8	3.1	4.8	3.3
Erbringung v. sonstigen öffentlichen u. persönlichen Dienstleistungen	1.5	1.5	4.2	3.2	1.9	1.7	1.3	3.1
Private Haushalte			0.1	0.3	0.2			
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100	100	100	100	100

*) Jahr 2007 (Brutto-Regionalprodukt)

Tabelle 4

Außenhandel der EU mit den Schwarzmeerländern, Jahr 2008

				(Mio. Euro und Anteile in %)			
EU27 EUR Mio.	Partner	Produkt	Beschreibung	2008	2008	2008	2008
				IMP	EXP	IMP	EXP
	Armenien	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	2.787	41.306	0.88	6.16
		1	Getränke und Tabak	3.647	19.284	1.15	2.88
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	13.792	4.606	4.33	0.69
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	2.323	2.515	0.73	0.38
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	0	3.452	0.00	0.52
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	0.525	70.011	0.16	10.45
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	274.987	119.741	86.42	17.87
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	1.709	199.706	0.54	29.80
		8	Verschiedene Fertigwaren	13.347	100.501	4.19	15.00
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	5.092	103.699	1.60	15.47
		TOTAL		318.211	670.168	100.00	100.00
	Aserbaidschan	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	12.547	74.191	0.12	3.60
		1	Getränke und Tabak	1.456	77.215	0.01	3.75
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	2.936	12.282	0.03	0.60
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	10440.302	24.421	98.97	1.19
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	0.008	4.347	0.00	0.21
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	8.222	172.551	0.08	8.37
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	23.329	243.736	0.22	11.83
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	32.066	1088.19	0.30	52.81
		8	Verschiedene Fertigwaren	4.486	344.626	0.04	16.72
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	23.818	12.219	0.23	0.59
		TOTAL		10549.176	2060.667	100.00	100.00
	Georgien	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	33.048	56.515	4.20	4.42
		1	Getränke und Tabak	11.278	24.069	1.43	1.88
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	166.721	31.898	21.20	2.50
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	290.768	275.537	36.98	21.56
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	0.141	14.12	0.02	1.10
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	72.109	144.981	9.17	11.34
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	47.563	102.042	6.05	7.98
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	6.463	421.676	0.82	33.00
		8	Verschiedene Fertigwaren	5.409	113.534	0.69	8.88
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	6.599	83.036	0.84	6.50
		TOTAL		786.324	1277.97	100.00	100.00

Tabelle 4

EU27 EUR Mio.	Partner	Produkt	Beschreibung	(Mio. Euro und Anteile in %)			
				2008 IMP	2008 EXP	2008 IMP	2008 EXP
	Moldau	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	64.371	97.756	8.61	5.73
		1	Getränke und Tabak	18.829	25.413	2.52	1.49
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	59.863	39.702	8.00	2.33
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	40.922	231.61	5.47	13.58
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	25.601	2.572	3.42	0.15
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	3.083	196.256	0.41	11.51
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	265.01	315.828	35.44	18.52
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	25.312	565.187	3.38	33.15
		8	Verschiedene Fertigwaren	242.506	210.558	32.43	12.35
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	1.17	17.369	0.16	1.02
		TOTAL	747.843	1705.188	100.00	100.00	
	Türkei	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	2931.349	862.849	6.39	1.59
		1	Getränke und Tabak	206.505	309.972	0.45	0.57
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	991.739	3334.877	2.16	6.15
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	1061.833	2424.149	2.31	4.47
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	20.294	42.134	0.04	0.08
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	1592.064	9442.234	3.47	17.40
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	10604.731	8632.636	23.12	15.91
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	17480.074	23770.174	38.10	43.80
		8	Verschiedene Fertigwaren	10609.92	4089.902	23.13	7.54
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	185.283	790.814	0.40	1.46
		TOTAL	45875.358	54267.238	100.00	100.00	
	Ukraine	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	1015.201	1305.708	7.07	5.19
		1	Getränke und Tabak	27.767	179.574	0.19	0.71
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	2456.205	418.876	17.10	1.67
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	1418.819	1337.067	9.88	5.32
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	439.989	49.229	3.06	0.20
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	818.399	3576.723	5.70	14.23
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	4976.516	3885.898	34.65	15.45
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	1363.261	11016.685	9.49	43.81
		8	Verschiedene Fertigwaren	595.9	2807.633	4.15	11.17
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	69.301	368.754	0.48	1.47
		TOTAL	14362.409	25143.877	100.00	100.00	

Tabelle 4

EU27 EUR Mio.	Partner WELT	Produkt	Beschreibung	(Mio. Euro und Anteile in %)			
				2008 IMP	2008 EXP	2008 IMP	2008 EXP
		0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	275481.061	255225.753	6.60	6.36
		1	Getränke und Tabak	38536.773	52181.265	0.92	1.30
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	151973.054	109038.977	3.64	2.72
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	648890.884	282178.457	15.55	7.04
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	20246.855	15221.887	0.49	0.38
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	538860.947	619883.496	12.91	15.46
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	615228.463	638059.323	14.74	15.91
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	1363067.844	1544492.993	32.67	38.51
		8	Verschiedene Fertigwaren	458379.392	424264.677	10.99	10.58
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	61955.011	69751.236	1.48	1.74
		TOTAL		4172612.268	4010286.381	100.00	100.00

Tabelle 5

Außenhandel Österreichs mit den Schwarzmeerländer, Jahr 2008

Österreich EUR Mio.	Partner	SITC Produkt	Beschreibung	(Mio. Euro und Anteile in %)			
				2008 IMP	2008 EXP	2008 IMP	2008 EXP
	Armenien	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	0.045	2.305	1.07	1.99
		1	Getränke und Tabak	0.001	0.629	0.02	0.54
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	1.615	0.476	38.49	0.41
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	0	0	0.00	0.00
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	0	0	0.00	0.00
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	0.01	4.344	0.24	3.75
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	2.514	2.414	59.91	2.08
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	0.002	3.923	0.05	3.38
		8	Verschiedene Fertigwaren	0.008	2.332	0.19	2.01
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	0	99.506	0.00	85.81
			TOTAL	4.196	115.967	100.00	100.00
	Aserbaidschan	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	0.048	3.053	13.91	4.84
		1	Getränke und Tabak	0	2.785	0.00	4.42
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	0	0.137	0.00	0.22
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	0	0.027	0.00	0.04
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	0	0.008	0.00	0.01
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	0.018	11.861	5.22	18.82
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	0.125	9.015	36.23	14.30
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	0.069	29.538	20.00	46.86
		8	Verschiedene Fertigwaren	0.081	6.522	23.48	10.35
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	0	0	0.00	0.00
			TOTAL	0.345	63.034	100.00	100.00
	Georgien	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	1.17	8.506	59.21	16.69
		1	Getränke und Tabak	0.002	1.234	0.10	2.42
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	0.154	0.533	7.79	1.05
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	0	0.045	0.00	0.09
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	0	0.007	0.00	0.01
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	0.173	11.456	8.76	22.48
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	0.182	4.943	9.21	9.70
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	0.027	17.555	1.37	34.45
		8	Verschiedene Fertigwaren	0.067	6.482	3.39	12.72
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	0	0	0.00	0.00
			TOTAL	1.976	50.964	100.00	100.00

Tabelle 5

Österreich EUR Mio.	Partner	SITC Produkt	Beschreibung	(Mio. Euro und Anteile in %)			
				2008 IMP	2008 EXP	2008 IMP	2008 EXP
	Moldau	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	4.896	2.265	37.75	4.43
		1	Getränke und Tabak	0.059	0.623	0.45	1.22
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	0.022	0.559	0.17	1.09
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	0	0.835	0.00	1.63
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	1.327	0.004	10.23	0.01
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	0.051	6.601	0.39	12.90
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	3.972	11.701	30.62	22.86
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	0.396	23.23	3.05	45.38
		8	Verschiedene Fertigwaren	1.068	5.172	8.23	10.10
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	0	0.079	0.00	0.15
			TOTAL	12.97	51.186	100.00	100.00
	Türkei	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	265.056	5.315	19.26	0.51
		1	Getränke und Tabak	2.675	18.147	0.19	1.76
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	46.627	56.445	3.39	5.46
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	2.228	3.431	0.16	0.33
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	0.129	0.057	0.01	0.01
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	34.267	148.785	2.49	14.39
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	324.101	288.747	23.55	27.93
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	288.355	407.137	20.95	39.38
		8	Verschiedene Fertigwaren	411.807	62.477	29.92	6.04
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	0	0.02	0.00	0.00
			TOTAL	1376.237	1033.766	100.00	100.00
	Ukraine	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	12.167	41.749	2.54	4.44
		1	Getränke und Tabak	0.063	17.648	0.01	1.88
	AT stat IMP)	2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	10.304	21.218	2.15	2.25
	290	3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	12.248	10.752	2.56	1.14
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	4.592	0.031	0.96	0.00
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	12.697	191.564	2.66	20.36
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	62.347	178.274	13.04	18.94
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	61.677	352.071	12.90	37.41
	51	8	Verschiedene Fertigwaren	36.596	115.376	7.65	12.26
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	0	0	0.00	0.00
			TOTAL	478.192	941.086	100.00	100.00

Tabelle 5

Österreich EUR Mio.	Partner	SITC Produkt	Beschreibung	(Mio. Euro und Anteile in %)			
				2008 IMP	2008 EXP	2008 IMP	2008 EXP
	WELT	0	Nahrungsmittel und lebende Tiere	6949.433	5963.058	5.57	4.85
		1	Getränke und Tabak	980.956	2046.392	0.79	1.66
		2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	5225.323	3729.041	4.19	3.03
		3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	14146.631	4040.988	11.34	3.28
		4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	401.936	172.633	0.32	0.14
		5	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	13632.007	13087.78	10.93	10.64
		6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	21214.448	29143.913	17.01	23.69
		7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	43328.765	48960.95	34.74	39.79
		8	Verschiedene Fertigwaren	16920.542	14225.849	13.57	11.56
		9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst	1922.943	1669.327	1.54	1.36
			TOTAL	124722.268	123038.958	100.00	100.00

Tabelle 6

DOING BUSINESS 2010**2010 RANK 2009 RANK ECONOMY 2010 REFORMS (selected countries)**

1	1	Singapore	3
2	2	New Zealand	0
3	3	Hong Kong, China	3
4	4	United States	0
5	6	United Kingdom	2
6	5	Denmark	0
7	7	Ireland	1
8	8	Canada	0
9	9	Australia	0
10	10	Norway	1
11	16	Georgia	2
12	12	Thailand	1
13	15	Saudi Arabia	2
14	11	Iceland	1
15	13	Japan	0
16	14	Finland	1
17	24	Mauritius	6
18	17	Sweden	0
19	23	Korea, Rep.	2
20	18	Bahrain	1
21	19	Switzerland	0
22	20	Belgium	2
23	21	Malaysia	2
24	22	Estonia	2
25	27	Germany	2
26	25	Lithuania	1
27	30	Latvia	2
28	26	Austria	0
29	29	Israel	1
30	28	Netherlands	1
31	31	France	2
32	69	Macedonia, FYR	7
38	38	Azerbaijan	2
39	37	Qatar	0
40	36	Cyprus	0
41	80	Kyrgyz Republic	7
42	35	Slovak Republic	1
43	50	Armenia	3
44	42	Bulgaria	2
45	39	Botswana	2
46	61	Taiwan, China	2
47	41	Hungary	1
48	48	Portugal	4
53	58	Slovenia	2
54	43	Fiji	1
55	45	Romania	1
58	82	Belarus	6
59	57	Vanuatu	1
60	56	Mongolia	0

2010 RANK 2009 RANK ECONOMY 2010 REFORMS

142	146	Ukraine	1
150	145	Uzbekistan	2
151	154	Haiti	2
152	164	Tajikistan	5
153	150	Iraq	0

Note: The rankings for all economies are benchmarked to June 2009 and reported in the country tables. Rankings on the ease of doing business are the average of the economy's rankings on the 10 topics covered in Doing Business 2010. Last year's rankings are presented in italics. These are adjusted for changes in the methodology, data corrections and the addition of 2 new economies. The number of reforms excludes reforms making it more difficult to do business.

Source: Doing Business database.

Table 7

Corruption Perception Index 2009 (selected countries)

Rank	Country/Territory	CPI 2009 Score	Surveys Used	Confidence Range
1	New Zealand	9.4	6	9.1 - 9.5
2	Denmark	9.3	6	9.1 - 9.5
3	Singapore	9.2	9	9.0 - 9.4
3	Sweden	9.2	6	9.0 - 9.3
5	Switzerland	9.0	6	8.9 - 9.1
6	Finland	8.9	6	8.4 - 9.4
6	Netherlands	8.9	6	8.7 - 9.0
8	Australia	8.7	8	8.3 - 9.0
8	Canada	8.7	6	8.5 - 9.0
8	Iceland	8.7	4	7.5 - 9.4
11	Norway	8.6	6	8.2 - 9.1
12	Hong Kong	8.2	8	7.9 - 8.5
12	Luxembourg	8.2	6	7.6 - 8.8
14	Germany	8.0	6	7.7 - 8.3
14	Ireland	8.0	6	7.8 - 8.4
16	Austria	7.9	6	7.4 - 8.3
17	Japan	7.7	8	7.4 - 8.0
17	United Kingdom	7.7	6	7.3 - 8.2
19	United States	7.5	8	6.9 - 8.0
20	Barbados	7.4	4	6.6 - 8.2
21	Belgium	7.1	6	6.9 - 7.3
24	France	6.9	6	6.5 - 7.3
25	Chile	6.7	7	6.5 - 6.9
25	Uruguay	6.7	5	6.4 - 7.1
27	Cyprus	6.6	4	6.1 - 7.1
27	Estonia	6.6	8	6.1 - 6.9
27	Slovenia	6.6	8	6.3 - 6.9
35	Portugal	5.8	6	5.5 - 6.2
45	Malta	5.2	4	4.0 - 6.2
46	Hungary	5.1	8	4.6 - 5.7
49	Poland	5.0	8	4.5 - 5.5
52	Czech Republic	4.9	8	4.3 - 5.6
52	Lithuania	4.9	8	4.4 - 5.4
56	Latvia	4.5	6	4.1 - 4.9
56	Slovakia	4.5	8	4.1 - 4.9
61	Cuba	4.4	3	3.5 - 5.1
61	Turkey	4.4	7	3.9 - 4.9
63	Italy	4.3	6	3.8 - 4.9
66	Croatia	4.1	8	3.7 - 4.5
66	Georgia	4.1	7	3.4 - 4.7
69	Montenegro	3.9	5	3.5 - 4.4
71	Bulgaria	3.8	8	3.2 - 4.5
71	FYR Macedonia	3.8	6	3.4 - 4.2
71	Greece	3.8	6	3.2 - 4.3
71	Romania	3.8	8	3.2 - 4.3
75	Brazil	3.7	7	3.3 - 4.3
79	China	3.6	9	3.0 - 4.2
83	Serbia	3.5	6	3.3 - 3.9
84	India	3.4	10	3.2 - 3.6
89	Mexico	3.3	7	3.2 - 3.5

Anhang 52 WIIW

Rank	Country/Territory	CPI 2009 Score	Surveys Used	Confidence Range
89	Moldova	3.3	6	2.7 - 4.0
95	Albania	3.2	6	3.0 - 3.3
99	Bosnia and Herzegovina	3.0	7	2.6 - 3.4
120	Armenia	2.7	7	2.6 - 2.8
120	Kazakhstan	2.7	7	2.1 - 3.3
120	Mongolia	2.7	7	2.4 - 3.0
120	Vietnam	2.7	9	2.4 - 3.1
139	Belarus	2.4	4	2.0 - 2.8
143	Azerbaijan	2.3	7	2.0 - 2.6
146	Russia	2.2	8	1.9 - 2.4
146	Ukraine	2.2	8	2.0 - 2.6
158	Tajikistan	2.0	8	1.6 - 2.5
162	Kyrgyzstan	1.9	7	1.8 - 2.1
168	Iran	1.8	3	1.7 - 1.9
168	Turkmenistan	1.8	4	1.7 - 1.9
174	Uzbekistan	1.7	6	1.5 - 1.8
